

Der Zimmerer

Organ des Zentralverbandes der Zimmerer und verwandter Berufsgenossen Deutschlands (Sitz Hamburg)
Publikationsorgan der Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Zimmerer (Ersatzkasse) Hamburg

Erscheint wöchentlich Sonnabends. Monatsbezugspreis 50.8 (ohne Bestellgeld). :: Zu beziehen durch alle Postanstalten.

Herausgeber: Zentralverband der Zimmerer und verw. Berufsgen. Deutschlands, Hamburg 1, Besenbinderhof 57, 4. Et.

Anzeigen: Für die dreigespaltene Petitzeile oder deren Raum 75.8, für Versammlungsanzeigen 50.8 die Zeile.

Eine Tat politischer Vernunft!

Im allgemeinen ist es nicht unsere Sache, zu politischen Tagesfragen und Ereignissen Stellung zu nehmen. Die Tätigkeit und Aufgaben der Gewerkschaften liegen nicht direkt in der Sphäre der Politik; sie liegen vielmehr auf wirtschaftlichem, sozialem und kulturellem Gebiet. Die Wahrung und Verbesserung der beruflich-wirtschaftlichen Lage der Arbeiterklasse ist das Ziel des Gewerkschaftskampfes. Bei der Durchsetzung dieser Forderungen müssen sich die Gewerkschaften vielfach politischer Mittel bedienen. Große Teile gewerkschaftlicher Forderungen können nur mit politischen Mitteln durchgesetzt werden. Man braucht dabei nur an die Entwicklung der Sozialpolitik, des Arbeitsrechtes und des Arbeiterschutzes zu denken, um zu erkennen, daß diese wichtigen Forderungen der Gewerkschaften in den meisten Fällen nur in parlamentarischem Kampf durchgesetzt werden können. In klarer Erkenntnis dieser Sachlage haben sich die freien Gewerkschaften politisch noch niemals völlig neutral verhalten können. Sie haben die ihnen gesinnungsmäßig nahestehenden Kräfte in den Parlamenten für ihren gewerkschaftlichen Kampf und sein Ziel zu gewinnen versucht. In der Geschichte der Gewerkschaftsbewegung hat es noch nie eine Zeit gegeben, wo die Gewerkschaften auf die Mithilfe der politischen Interessenvertretung der Arbeiterklasse, der Sozialdemokratie, bei der Durchführung ihrer Aufgaben verzichtet hat. Es ist eine unumstößliche Tatsache, daß erfolgreiche Gewerkschaftspolitik nur im Zusammenhang mit erfolgreicher parlamentarischer Tätigkeit der Sozialdemokratie denkbar ist. Sinkt der Einfluß der Sozialdemokratie in den Parlamenten des Reiches, der Länder und Gemeinden, dann wird das Tempo des sozialen Fortschritts abgestoppt. Auch die Scharfmacher aller Richtungen haben diese Tatsache schon lange völlig klar erkannt.

Ihr politischer Kampf gilt nicht zuletzt den Gewerkschaften, deren Einfluß auf Staat und Wirtschaft sie unterbinden möchten. Der Kampf gegen die Preußen-Regierung ist ebenfalls auf diese Ursache zurückzuführen. Wir sind überzeugt, daß die heilige Allianz von Thälmann bis Hitler ihren politischen Kampf gegen die klassenbewußte Arbeiterschaft fortsetzen wird. Denn nur sie soll getroffen werden. Die Kreise haben klar erkannt, daß der Aufstieg der Arbeiterklasse nur durch eine Kooperation zwischen den Gewerkschaften und der parlamentarischen Arbeit der Sozialdemokratie in Reich, Ländern und Gemeinden möglich ist. — Diese Möglichkeit zu zerstören, ist höchstes Ziel der sozialen Reaktion, die ihren sichtbaren Ausdruck in der Allianz gefunden hat, die am 9. August gegen die Preußenregierung anstürmte.

Die deutsche Republik hat am 9. August eine Schlacht gewonnen. Der vereinte Ansturm der republikfeindlichen Elemente rechts und links ist abgeschlagen worden. Nur 37 % der Wähler in Preußen haben gegen das derzeitige Preußenparlament und die auf der Grundlage der Weimarer Koalition errichtete Regierung gestimmt. Eine Flut von Verleumdungen ist dem seit dem Februar dieses Jahres vorausgegangen. Selten sind Männer, die wirklich etwas geleistet haben, von ihren Gegnern so beschimpft worden als die sozialdemokratischen Minister von Preußen. Deshalb ist die Niederlage der Front Hitler—Hugenberg—Thälmann besonders zu begrüßen. Es war ein Schauspiel für Götter, neben den schwerindustriellen Scharfmachern, den Hohenzollernprinzen, dem Phrasen aus dem Braunen Hause und dem reichen Deutschen den ehemaligen Transportarbeiter Thälmann in Reih und Glied marschieren zu sehen. Die einen wollten den Volksentscheid als den Anfang der Befreiung von den Sklavenketten des

Marxismus sehen, während die andern als „echte“ Marxisten das Gegenteil wollten. Selten ist eine so bunt gemischte Gesellschaft gemeinsam zu einer politischen Aktion angetreten als die neun Parteien zum Volksentscheid am 9. August 1931.

Der Sieg der preußischen Regierung war zugleich ein Sieg der Reichsregierung. Die seit einem Jahrzehnt stabile Regierungspolitik in Preußen hat erst eine einigermaßen vernünftige Reichspolitik möglich gemacht. Die Regierung Brüning läge vielleicht als Minderheitskabinett schon längst auf dem Rehrichthausen der Geschichte, wenn die starke und konsequente Preußenregierung nicht wäre. Was die Preußenregierung geleistet hat, gehört zu den Großtaten der republikanischen Politik. Sie hat aus den Regierungsstuben Preußens fuhrenweise Schutt abfahren lassen, der sich dort teilweise seit Jahrhunderten angesammelt hatte. Bestehen doch jetzt noch Gesetze, die auf das ehrwürdige Alter von 200 Jahren zurückblicken. Die so reformierte Preußenverwaltung war ein Hort der Republik und der Demokratie. Das arbeitende Volk Deutschlands wünscht, daß auf diesem Wege jetzt noch energisch vorwärts geschritten wird. Den Feinden des republikanischen Staates muß dieser Sieg am 9. August wie ein panischer Schrecken in die Glieder fahren. Mit Recht hat der Kollege Leipart in der Bundesausschussung des ADGB. erklärt: „Die Gewerkschaften müssen erwarten, daß die verantwortlichen Stellen Preußens wie im Reich jetzt endlich mit durchgreifender Energie die allgemein erwarteten Maßnahmen gegen die radikalen staats- und gesellschaftsfeindlichen Elemente ergreifen. Die radikalen Parteien haben schon zu lange ihr frevelhaftes Spiel mit den Interessen des deutschen Volkes getrieben. Es ist höchste Zeit, daß diesem Unwesen mit Entschiedenheit Halt geboten wird.“ Diesen Worten Leiparts kann man sich durchaus anschließen und die deutsche Gewerkschaftsbewegung namentlich muß verlangen, daß diesem Wunsche Rechnung getragen wird.

Am 9. August hat die kommunistische Partei ihr Damaskus erlebt. Niemals war eine Niederlage verdienter als diese. Die gewissenlosen Elemente, die zum Unglück zur Leitung einer Massenbewegung berufen wurden, sind von den Massen im Stich gelassen worden. Ein großer Teil der kommunistischen Anhänger dürfte der wahnsinnigen Parole zum Volksentscheid gegen das republikanische Preußen nicht gefolgt sein. Die kommunistischen Parteimitglieder sind allerhand gewohnt, doch vielen von ihnen ist eine solche Taktik doch über die Hut schnur gegangen. Es ist Aufgabe eines jeden denkenden Arbeiters, die Niederlage der kommunistischen Partei vollständig zu machen.

Eine Niederlage hat auch jener Teil des Unternehmertums erlitten, der die reaktionäre Politik von rechts, namentlich die Nationalsozialisten, mit Geldmitteln unterstützt hat. Viele haben bereits die Morgenröte einer neuen Zeit. Teile des Unternehmertums glaubten, daß nach der Eroberung Preußens durch Hitler-Thälmann auch andere Positionen der Arbeiterschaft und namentlich der gewerkschaftliche Einfluß beseitigt werden könnte. Für diese Pläne ist die Lektion sehr dämpfend gewesen. Das Arbeitervolk vermag noch seine Grundrechte zu verteidigen. Aber man muß nicht glauben, daß dies für alle Zeit so sein muß. Begeisterung ist keine Heringsware, die man einspökeln kann. In der „Bosfischen Zeitung“ vom 11. August lesen wir: „Lord d' Alvernon, der englische Botschafter, hat nach dem Rathenau-Mord den stummen Aufmarsch der Hunderttausende beobachtet und mit stärkerer Intuition, als er mitunter bei der Würdigung von Personen bekundete, die Worte geprägt: den deutschen Arbeitsmann mache uns keine andere Nation nach. Dieser graue Soldat des Alltags hat auch in den Tagen, als die Bankhalter geschlossen wurden, die Besonnenheit nicht verloren. Seine Disziplin hat den Wall geschaffen, an dem die gefährlichste Brandung sich brach.“

Der graue Soldat des Alltags verlangt, daß auch seine Wünsche und vor allem seine Existenz mehr als bisher geschützt wird. Der Privatkapitalismus hat in Deutschland abgewirtschaftet. Eine neue Wirtschaftsordnung muß an dessen Stelle treten. Deshalb muß aus dem verunglückten Volksentscheid in Preußen die Konsequenz gezogen werden. Diese liegt in folgendem: Energisches Durchgreifen gegen die staatsfeindlichen Elemente; Sicherung des Einflusses des arbeitenden Volkes in Staat und Wirtschaft; weitgehender Schutz den Opfern der Wirtschaftskrise und eine staatlich beeinflusste Wirtschaftspolitik, die Arbeit und Brot zu schaffen in der Lage ist.

Der graue Soldat des Alltags verlangt, daß auch seine Wünsche und vor allem seine Existenz mehr als bisher geschützt wird. Der Privatkapitalismus hat in Deutschland abgewirtschaftet. Eine neue Wirtschaftsordnung muß an dessen Stelle treten. Deshalb muß aus dem verunglückten Volksentscheid in Preußen die Konsequenz gezogen werden. Diese liegt in folgendem: Energisches Durchgreifen gegen die staatsfeindlichen Elemente; Sicherung des Einflusses des arbeitenden Volkes in Staat und Wirtschaft; weitgehender Schutz den Opfern der Wirtschaftskrise und eine staatlich beeinflusste Wirtschaftspolitik, die Arbeit und Brot zu schaffen in der Lage ist.

Zur Lage am Baumarkt

Die Arbeitslosenziffern der baugewerblichen Arbeiterverbände zeigen ein leichtes Ansteigen. Die Tatsache ist um so unerfreulicher, weil wir inmitten des Baujahres leben, in Monaten, wo normalerweise ein stärkeres Absinken der Arbeitslosenziffern festzustellen war. Die Monate Juni bis September waren, so lange statistische Feststellungen veranstaltet werden, Monate mit bestem Beschäftigungsgrad. In diesem Jahre ist es anders geworden. Der Beschluß der Reichsregierung, dem Baumarkt künftig 400 Millionen Mark aus Erträgen der Hauszinssteuer weniger zur Verfügung zu stellen wie in den Jahren vorher, war eine der Ursachen des Rückganges in der Bautätigkeit. Hinzu kommen die stärker fühlbar werdenden Schwierigkeiten auf dem Kapitalmarkt. Gleich nach den Septemberwahlen 1930 setzte der Abzug ausländischer Kredite in starkem Ausmaß ein. Entstanden dadurch für eine Reihe von Kreditinstituten auch keine Schwierigkeiten, so wurde doch größere Vorsicht bei der Anlage von Kapital und bei der Vergebung von Krediten geübt. Aus dem neuesten Wochenbericht des Instituts für Konjunkturforschung entnehmen wir Äußerungen, die zur Lage am Baumarkt Stellung nehmen. In dem vorerwähnten Wochenbericht wird ausgeführt, daß bereits zu Beginn des Jahres für die Bauzeit 1931 mit einer Verminderung der verfügbaren langfristigen Kredite um mindestens 1 Milliarde Mark zu rechnen war. Das Institut für Konjunkturforschung befaßte sich auch in seinem Bericht mit den Vorgängen, die sich in den letzten Wochen auf dem Kapitalmarkt abgespielt haben, und betonte in die-

sem Zusammenhang, daß die damalige Schätzung als viel zu optimistisch betrachtet werden muß. Zwar lasse sich im Augenblick noch nicht feststellen, wie stark die Leistungsfähigkeit der verschiedenen Quellen des Baukredits beeinträchtigt ist; immerhin wird man im ganzen eine Verminderung des Bauvolumens gegenüber dem Vorjahr um mehr als ein Drittel erwarten müssen. Das genannte Institut macht die Feststellung, daß im ersten Halbjahr 1931 nur knapp zwei Drittel des vorjährigen Bauvolumens erreicht worden sind.

Es ist einleuchtend, daß bei einem Reichsbankdiskontsatz, der noch vor wenigen Tagen 15 % betragen hat, das Baugewerbe völlig zum Erliegen kommen muß. Keinem Bauauftraggeber wird es einfallen, Zwischenkredite in Anspruch zu nehmen, wenn der Reichsbankdiskontsatz 15 % beträgt. Man muß sich in diesem Zusammenhang darüber klar sein, daß die zur Finanzierung der Bauwirtschaft notwendigen Zwischenkredite mindestens 18 %, vielleicht sogar 20 % kosten. Unter diesen Umständen ist die Erlangung von Zwischenkrediten zur Unmöglichkeit geworden. Auch die neuerliche Senkung des Reichsbankdiskontsatzes auf 10 % übt auf die Finanzierung der Bautätigkeit keinen so günstigen Einfluß aus, daß auf Grund dieser Diskontsenkung die Schwierigkeiten als behoben gelten können. Selbst wenn sich hier und da ein Bauauftraggeber aus bestimmten Gründen herbeilassen mußte, Zwischenkredite zu diesen Zinssätzen hereinzunehmen, war in den vergangenen Monaten die Möglichkeit einer endgültigen Ablösung der Zwischenkredite durch Hypotheken

völlig ungeklärt. Die Lage am Kapitalmarkt gestattete zur Zeit keine Dispositionen auf längere Sicht. Obwohl die akuten Schwierigkeiten auf dem Kapitalmarkt teilweise überwunden sind, liegen die Dinge heute so, daß man von einer völligen Klärung der Lage durchaus noch nicht sprechen kann. Die Ueberweisungen an die Länder und Kommunen aus den Erträgen der Hauszinssteuer sind erheblich zurückgegangen; sie sind in den letzten Wochen auf den Nullpunkt gesunken. Wenn auch anzunehmen ist, daß sich die Ueberweisungen dieser Mittel in den nächsten Wochen wieder etwas erhöhen werden, so besteht doch keine Aussicht, daß die im Etat eingezeichnete Summe, die dem Wohnungsbau zur Verfügung gestellt werden soll, erreicht werden kann. Die allgemeine Verschlechterung der Wirtschaftslage bringt erhebliche Ausfälle der Hauszinssteuer mit sich. Da in sehr vielen Fällen die Kommunen schon Vorgriffe auf die zu erwartende Hauszinssteuer gemacht und die Ende des Jahres 1930 begonnenen Bauten mit den zu erwartenden Erträgen der Hauszinssteuer im Jahre 1931 vorfinanziert haben, so wird sich in diesen Fällen die Auswirkung der Kreditkrise noch wesentlich verschärfen. Wir haben in der letzten Zeit erleben müssen, daß eine ganze Reihe von Städten die geringen, dem Wohnungsbau zur Verfügung stehenden Mittel von ihren Finanzdelegierten beschlagnahmten ließen, um die notwendigen flüssigen Mittel zu erlangen, die zur Bestreitung laufender Ausgaben notwendig waren. Die Folge dieses Vorgehens der Finanzdelegierten der Städte war ein völliges Einstellen der Bautätigkeit. Die Steigerung der Arbeitslosigkeit, die Ende Juli von allen baugewerblichen Arbeiterverbänden festgestellt werden konnte, legte Zeugnis ab von den brutalen Stilllegungsmaßnahmen des Baugewerbes, die in verschiedenen Städten zu verzeichnen sind.

Entsprechend dem Rückgang der Bautätigkeit gestaltete sich der Absatz der Baustoffe. Das Institut für Konjunkturforschung hat den Rückgang im Baustoffabsatz im 1. Halbjahr 1931 gegenüber der gleichen Zeit des Vorjahres um 33 % geschätzt. Die Zahl der geplanten Bauten der verschiedensten Art ist um 32 % unter der Vorjahreshöhe zurückgeblieben. Das Institut spricht die Ueberzeugung aus, daß die Finanzierungsschwierigkeiten einen erheblich größeren Teil der Bauplanungen als in den letzten Jahren nicht zur Ausführung kommen lassen. Das gilt sowohl für die private und gewerbliche, als auch vor allem für die öffentliche Bautätigkeit. Wörtlich führt das Institut für Konjunkturforschung aus: „Die private Bautätigkeit wird durch die Stöckung im Pfandbrief- und Sparfängengeschäft, die gewerbliche durch die Schwierigkeiten bei den Kreditbanken und auf den Emissionsmärkten, die öffentliche zudem durch die Anspannung der Finanzlage ernsthaft bedroht.“ Nach Lage der Dinge besteht keine Aussicht, daß sich die Verhältnisse in der Baufinanzierung so bessern, daß eine merkliche Entlastung auf dem Arbeitsmarkt in Erscheinung tritt. Schon aus der Zahl der Bauerlaubnisse im ersten

Halbjahr 1931 können wir eine starke Schrumpfung der geplanten Bauvorhaben gegenüber der gleichen Zeit des Vorjahres feststellen. Im ersten Halbjahr 1929 wurden rund 72 000 Bauerlaubnisse genehmigt gegen rund 49 000 im gleichen Zeitraum des Jahres 1930 und nur rund 36 000 im ersten Halbjahr des Jahres 1931. Der Wert der baugewerblichen Produktion, der nach dem Institut für Konjunkturforschung für das Jahr 1929 mit 8,90 Milliarden geschätzt wird, soll nach den Ermittlungen des Instituts für Konjunkturforschung in diesem Jahre höchstens 5 Milliarden betragen. Dabei sind die Schwierigkeiten auf dem Kreditmarkt, an deren Ueberwindung gegenwärtig noch nicht zu denken ist, nicht mit in Betracht gezogen.

Auch über die künftige Gestaltung des Baumarcktes äußert sich das Institut für Konjunkturforschung in seinem Wochenbericht vom 12. August. Darin wird mitgeteilt: „Der zukünftigen Gestaltung des Baumarcktes wird einmal von dem Tempo abhängen, in dem die Kreditbeschwerden überwunden werden können. Aber auch wenn das Kreditvolumen in seiner Gesamtheit wieder gesichert erscheint, dürften von der Mietsseite her noch beträchtliche Hemmnisse wirksam bleiben.“ Diese Prognose ist völlig einleuchtend. Durch die volkswirtschaftlich widerwärtige Lohnpolitik des deutschen Unternehmertums wurde das Einkommen der breiten Volksschichten erheblich geschnitten. Hinzu kommt die große Zahl der Arbeitslosen, deren Unterstützung man auf das Existenzminimum beschränkt hat. Rund 4 Millionen Menschen sind in Deutschland erwerbslos. Sie können nur in beschränktem Umfang Miete zahlen. Auch die in Arbeit stehenden Massen der Bevölkerung wird die Mietzahlung in ihrer gegenwärtigen Höhe in sehr vielen Fällen fast unmöglich, weil sich Lohn- und Gehaltssummen nicht mehr in der Relation befinden, wie das vor Inkrafttreten der großen Lohnsenkungsaktion der Fall war. Wir werden den grössten Zustand erleben, daß sich trotz ungeheurer Wohnungsnot die Zahl der leerstehenden Wohnungen erhöhen wird. Schon heute kann man in sehr vielen Städten die Feststellung machen, daß die Zahl der leerstehenden Großwohnungen in Neubauten erheblich ist, und daß sich ebenfalls die Zahl der Großwohnungen in Altbauten von Monat zu Monat erhöht. Man kann nicht behaupten, daß die Nachfrage nach Wohnungen zurückgegangen sei. Es mangelt nur an zahlungskräftigen Mietern, die in der Lage sind, den Anforderungen nach dieser Richtung hin gerecht zu werden. Gerade in der Wohnungswirtschaft zeigt sich der ganze Widerspruch der kapitalistischen Wirtschaftsordnung. Hunderttausende von Bauarbeitern sind monatelang ohne Beschäftigung. Auf der anderen Seite werden Hunderttausende von Wohnungen gebraucht, um den dringenden Bedarf zu decken. Wenn nicht grundlegende Reformen auf dem Gebiete der Wohnungswirtschaft eintreten, dann geht das Baugewerbe einer grauen Zukunft entgegen.

über den von sozialdemokratischer und gewerkschaftlicher Seite erhobenen schweren Angriffen eine andere Rechtfertigungsmethode anzuwenden. Dreist drehen sie den Stiel um und stellen in der ihnen ergebenden bürgerlichen Presse die kühne Behauptung auf, daß die Ereignisse der letzten Wochen von der Sozialdemokratie und den Gewerkschaften nur deshalb zu verschärften Vorstößen gegen die Privatwirtschaft ausgenützt werden, um damit den Blick der Massen von den tieferen Ursachen des wirtschaftlichen Zusammenbruchs abzuziehen. Es ist die alte Spitzbubenart, die hier geübt wird, die Sache ihrer Anwender aber nicht günstiger gestaltet! Mit den tieferen Ursachen sind natürlich nur die angeblich zu hohen Löhne und Gehälter sowie die Sozial- und Steuerlasten usw. gemeint, die jedoch entgegen den Behauptungen der Unternehmer mit den in Frage kommenden Ereignissen nicht das geringste zu tun haben.

Noch plumper ist jedoch der insbesondere in der volksparteilichen Presse unternommene Versuch, den Nachweis dafür zu erbringen, daß in Deutschland von einer Herrschaft des Großkapitals gar nicht gesprochen werden könne, folglich von dieser Seite kein Verschulden an der ungünstigen Wirtschaftslage vorliege. Die deutsche Wirtschaft stütze sich in der Hauptsache auf den Klein- und Mittelbetrieb, der 60 % der gesamten Betriebe mit weniger als 200 Arbeiter umfasse. Nur 28 % des Gesamtumsatzes in Industrie und Handwerk entfalle auf Großunternehmen mit mehr als 5 Millionen Mark Umsatz. Im Großhandel seien nur 16 %, im Kleinhandel sogar nur 9 % der Beschäftigten in Großbetrieben tätig. Selbst im Bankwesen entfielen auf die Klein- und Mittelbetriebe noch 55 % der Beschäftigten. Und in der Landwirtschaft seien von über 5 Millionen Betrieben nur 18 668 Großbetriebe vorhanden, dagegen 80 % des bebauten Landes in der Hand bäuerlicher Unternehmer. Die Sozialdemokratie und Gewerkschaften hätten also mit ihren Behauptungen anrecht, von einer Kapitalherrschaft sei in Deutschland keine Spur vorhanden, womit alle Vorwürfe über schlechte Wirtschaftsführung des großindustriellen Unternehmertums wie der Banken gegenstandslos seien.

Man sagt, daß sich mit Zahlen alles beweisen läßt! Hier liegt ein drastisches Musterbeispiel dafür vor, wie es die Unternehmer verstehen, mit statistischen Zahlen Schindluder zu treiben, wenn es sich darum handelt, die Deffektivität zu betreiben und irreführen. Die angegebenen Zahlen sind im wesentlichen richtig. Ihre Zusammenfassung und Gruppierung ist jedoch vollständig falsch. Nur so ist es möglich, die wirtschaftliche Struktur der deutschen Wirtschaft in ihr Gegenteil zu verkehren und den übermächtigen Einfluß des Großkapitals auf die Gestaltung der wirtschaftlichen Verhältnisse vollständig verschwinden zu machen. Solche Taschenspielerkunststücke übster Art beweisen aber nichts. Sie kennzeichnen lediglich ihre Urheber als Menschen, die, wenn sie zu derartigen Mitteln greifen müssen, eine schlechte Sache zu verteidigen haben und denen man keinerlei Vertrauen entgegenbringen kann.

Wie sehen die Dinge in Wirklichkeit aus? Nach der letzten Berufszählung des Jahres 1925 wurden in Deutschland in Industrie und Handwerk 1,85 Millionen Betriebe = 53,1 % mit 12,7 Millionen beschäftigten Personen = 67,8 % gezählt. Hierunter befanden sich 1,6 Millionen Kleinbetriebe mit bis zu 5 beschäftigten Personen. Die vorhandenen 205 909 Mittelbetriebe mit 6 bis 50 Personen ergaben eine Gesamtarbeiterzahl von 2,89 Millionen. Diefen standen 32 759 Großbetriebe mit mehr als 50 Beschäftigten und insgesamt 6,96 Millionen Arbeitern gegenüber. Letztere beschäftigten also allein 54,8 % der in Industrie und Handwerk tätigen Arbeiterschaft. Ähnlich liegen die Verhältnisse im Handels- und Verkehrsgewerbe, in dem auf 1,3 Millionen Kleinbetriebe durchschnittlich nicht ganz 2 Angestellte, auf die 117 407 Mittelbetriebe durchschnittlich 12, dagegen auf die festgestellten 8737 Großbetriebe je 186 Angestellte entfallen. Unter solchen Umständen von einem Ueberwiegen der Klein- und Mittelbetriebe zu reden und den Einfluß des Großkapitals auf Produktion und Handel zu leugnen, ist eine glatte Unverschämtheit und nur möglich, daß man den kleinen Handwerker und Krämer mit dem Großindustriellen und Handelskapitalisten auf eine Stufe stellt sowie ihnen die gleiche wirtschaftliche Macht beimißt. Ebenso wird gegenüber den Banken verfahren, obwohl allgemein bekannt ist, daß der Kapital- und Wirtschaftsmarkt nur von ganz wenigen Großbanken beherrscht wird, denen gegenüber der Einfluß der Kleinbanken gar nicht ins Gewicht fällt.

Noch ungeheuerlicher ist der Hinweis auf die landwirtschaftlichen Verhältnisse. Hier wird gewissermaßen jeder Besitzer eines Blumenkastens vor dem Fenster seiner Wohnung zum landwirtschaftlichen Unternehmer gestempelt. In Wirklichkeit scheiden von den 5,1 Millionen landwirtschaftlichen Betrieben nicht weniger als 3,04 Millionen unter 2 ha aus, weil sie keine landwirtschaftliche Bedeutung haben. Von den übrig bleibenden 2,7 Millionen landwirtschaftlichen Betrieben entfallen aber auf die rund 19 000 Besitzer von 200 und mehr Hektar rund 34 % der verfügbaren landwirtschaftlichen Bodenfläche. Nur die gewaltige Macht dieses Bodenbesitzes vermag den starken Einfluß des Großagariertums auf Staat und Wirtschaft zu erklären.

Noch noch mehr! Nach den vorliegenden statistischen Ausweisen sind in Deutschland etwa 11 000 Aktiengesellschaften vorhanden, die Ende 1930 über ein Aktienkapital von 24,2 Milliarden Reichsmark verfügten. Darunter befinden sich 782 Gesellschaften, die über mehr als 5 Millionen Mark Aktienkapital verfügen. Sie werden angeführt von dem J. G. Farbentruß, mit 1,1 Milliarden Aktienkapital. Ihm folgen 9 Gesellschaften mit 200 bis 800 Millionen, 21 Gesellschaften mit 100 bis 200 Millionen, 40 Gesellschaften mit 50 bis 100 Millionen. Insgesamt haben diese 70 Gesellschaften nicht weniger als 37,6 % des gesamten Aktienkapitals auf sich vereinigt. Ihre wirkliche Kapitalmacht ist aber wesentlich größer, als es diese Zahlen erscheinen lassen, ebenso ihr wirtschaftlicher und politischer Einfluß. Dieser wird in immensum Maße durch die Kartell- und Trustbildung in Deutschland verstärkt, weil sie ihnen eine Monopolherrschaft gestattet, die das ganze Wirtschaftsleben in Fesseln schlägt.

Unsere statistischen Feststellungen

vom 25. Juli 1931.

Am vorerwähnten Tage haben 899 Zahlstellen berichtet und einen Mitgliederbestand (Poliere, Hilfspoliere, Gefellen) von 93 161 nachgewiesen und außerdem 6018 Lehrlinge. Arbeitslos waren von den Mitgliedern (ohne Lehrlinge) 58 289 oder 62,6 % und von den Lehrlingen 724 oder 12 %. Krank waren von den Mitgliedern (ohne Lehrlinge) 1262 oder 1,3 % und von den Lehrlingen 83 oder 1,4 %.

Wie groß die Arbeitslosigkeit im Bereich der einzelnen Landesarbeitsämter ist, zeigt nachfolgende Tabelle:

Landesarbeitsämter	Zahlstellen	Anzahl der an den Feststellungen beteiligten Mitglieder (ohne Lehrlinge)			
		gesamt	davon arbeitslos		krank
			gesamt	in Proz.	
1	2	3	4	5	6
1. Ostpreußen	58	4 416	2 172	49,2	62
2. Schlesien	76	9 545	6 342	66,4	100
3. Brandenburg	117	9 968	4 952	49,7	180
4. Pommern	68	3 941	1 856	47,1	46
5. Nordmark	110	9 330	4 936	52,9	103
6. Niedersachsen	84	6 763	4 116	60,9	81
7. Westfalen	17	2 225	1 709	76,8	38
8. Rheinland	19	3 420	2 769	80,9	38
9. Hessen	29	3 806	2 867	77,4	57
10. Mitteldeutschl.	139	12 060	8 182	67,8	137
11. Sachsen	60	17 863	12 355	69,2	227
12. Bayern	82	6 145	3 961	64,5	96
13. Südwestdeutschl.	38	3 170	1 789	56,4	80
Deutsches Reich	897	92 652	58 006	62,6	1245
14. Ausland	2	509	283	55,6	17
Insgesamt	899	93 161	58 289	62,6	1262

Der gesamte Mitgliederbestand beträgt einschließlich der 27 Zahlstellen, die 1105 Mitglieder und außerdem 120 Lehrlinge hatten und nicht berichteten, 926 Zahlstellen mit 94 266 Mitgliedern und außerdem 6138 Lehrlingen, insgesamt 100 404 Mitglieder. — Der nächste Feststellungstermin ist Sonnabend, 29. August, 29. August.

Konjunkturstatistik

Ende Juli waren von 100 Verbandsmitgliedern 62,6 arbeitslos und 1,3 krank, somit nur 36,1 in Arbeit. Das bedeutet gegen den Vormonat eine erneute Verschlechterung. Auch die Arbeitslosigkeit der Lehrlinge hat sich gegenüber dem Vormonat gesteigert und beträgt 12 %. Die Konjunktur hat sich infolge der Geldschwierigkeiten in den letzten Wochen verschlechtert, sie trifft fast restlos alle Landesarbeitsämter. Eine Aussicht auf Besserung wird von keiner Gegend gemeldet, somit ist mit einem weiteren Rückgang des Beschäftigungsgrades zu rechnen.

An der Konjunkturstatistik waren im Monat Juli 331 Betriebe beteiligt, die 2880 Zimmerer beschäftigten. Das sind 609 Zimmerer weniger als im Vormonat. Die Zahl der Firmen, die keine Zimmerer beschäftigten, beträgt 27. Von den 331 Betrieben, die berichteten, war nur in 12 Betrieben mit 315 Zimmerern der Beschäftigungsgrad als gut, in 72 Betrieben mit 988 Zimmerern als befriedigend und in 247 Betrieben mit 1567 Zimmerern als schlecht zu bezeichnen. Im Laufe des letzten Monats sind in 98 Betrieben 324 Zimmerer eingestellt und in 142 Betrieben 601 Zimmerer zur Entlassung gekommen.

Die Konjunkturaussichten für die nächsten 14 Tage wurden allgemein als schlecht bezeichnet.

Am Ende des Monats	Der Beschäftigungsgrad wurde beurteilt mit						Be- wer- tungs- ziffer
	gut 2		befriedigend 3		schlecht 4		
	Be- triebe	Be- schäf- tigte	Be- triebe	Be- schäf- tigte	Be- triebe	Be- schäf- tigte	

Aus vorstehender Tabelle ergibt sich, daß die Konjunktur im weiteren Abstieg begriffen ist. Im Vergleich zum gleichen Monat des Vorjahres ist eine wesentliche Verschlechterung eingetreten.

Kapitalistischer Schwindel

Der Aufruf des Vorstandes der Sozialdemokratischen Partei, in dem er aus Anlaß der durch den jüngsten Zusammenbruch einer Anzahl großer Industrie- und Bankunternehmen sowie der daraus folgenden Verschärfung der Wirtschaftskrise die kapitalistische Wirtschaft einer scharfen Kritik unterzog, ist den kapitalistischen Unternehmern schwer auf die Nerven gefallen. In dem Aufrufe wurde der jämmerliche Zusammenbruch der Lüge von der „marginalen Mißwirtschaft“ festgestellt, die von den Unternehmern und ihren Handlangern erfunden und seit Jahren verbreitet worden ist, um die Schuld an der durch die Selbstherrschaft der Banken und Schwerindustrie herbeigeführten andauernden Verschlechterung der wirtschaftlichen Verhältnisse von den hierfür Verantwortlichen abzulenken. Die Bemühungen der Unternehmerverbände, diese Feststellung als „agitatorische und parteipolitische Hege“ zu diskreditieren, haben in der Deffentlichkeit nicht den erwarteten Eindruck hervorgerufen. Man merkte ihnen zu sehr den Eindruck der Verlegenheit an. Verlegenheitsphrasen aber können die unbequemen Tatsachen, wie sie nun einmal in dem Fiasko der von den deutschen Unternehmerverbänden und ihren Führern verfolgten falschen Wirtschaftspolitik zutage treten, nicht aus der Welt schaffen.

Das scheint den Unternehmern selbst zum Bewußtsein zu kommen, weshalb sie es für notwendig halten, gegen-

So wirken diese Unternehmungen als Saugnapfe, die in dauerndem Konzentrationsprozeß die Kleinen verschlucken und damit zugleich ihre eigene Produktions- und Finanzkraft immer weiter ausdehnen.

Dennoch wagt man es, die herrschende Kapitalherrschaft zu befechten und die Frage zu stellen, ob denn der eingetretene Zusammenbruch des Nordwestkonzerns über der Danatbank wirklich so typisch für einen Verfall der Privatwirtschaft sei. Wenn es sich lediglich um diese beiden Fälle handeln würde: kaum! Ihnen schließen sich aber eine große Anzahl völlig gleichgearteter Fälle an. Von 1925 bis 1930 sind nicht weniger als 2000 solcher Zusammenbrüche im Kampf um die Monopolstellung und Syndikatsbeherrschung erfolgt, wobei Substanz und Vermögen zwar nicht restlos, aber zum erheblichen Teil verloren gingen. Das gibt der Sache doch ein anderes Aussehen und zeigt, wie verhängnisvoll diese Vorgänge für die Wirtschaft sind. Denn die daraus entstehenden Verluste müssen vom Volke, besonders aber von der Arbeiterschaft, mit zunehmender Arbeits- und Verdienstlosigkeit bezahlt werden. Die Forderungen der Sozialdemokratie und Gewerkschaften, diesem wirtschaftsverwüstenden Treiben wirksame Maßnahmen entgegenzusetzen sowie die Tätigkeit der Kartelle und Banken einer scharfen Kontrolle zu unterziehen, ist daher voll berechtigt und durch die Verhältnisse geboten.

Sparfassen, Gemeinden und die Katastrophe des Baumarktes

Mit größter Beforgnis müssen die Vorgänge verfolgt werden, die, mehr oder weniger beabsichtigt, die Grundlagen der öffentlichen Wirtschaft untergraben und gleichzeitig auch den Untergang des bereits in katastrophaler Lage befindlichen Baumarktes besiegeln könnten. Die ungnädige Behandlung, die bei Einstellung des Zahlungsverkehrs den Sparfassen zuteil wurde und deren Fortsetzung nur mit Not und Mühe verhindert werden konnte, trug sicherlich nicht dazu bei, das Vertrauen in die Sparfassen, in diese wichtigen Organe der öffentlichen Wirtschaft, zu stärken. Eine neue Notverordnung stellt nun die Neuordnung der Sparfassenordnung in Aussicht. Was sie bringen wird, ist noch nicht bekannt, doch dürfte sie Vorschriften für die Anlage der Mittel der Sparfassen enthalten, die unter Umständen die Einlagen der Sparfassen von den Verwendungszwecken, denen sie bisher zugeführt wurden, in Kanäle leiten können, die wichtige volkswirtschaftliche Bedürfnisse außer acht lassen. Unter dem Schlagwort der Steigerung der Liquidität (Liquidität) der Anlagen der Sparfassen kann eine unerwünschte Ablenkung der Sparfasseneinlagen zu Stellen erfolgen, an denen sie der Volkswirtschaft nichts nützen und den Beschäftigungsgrad nicht erhöhen. Bereits in der vorliegenden Notverordnung wurde den Sparfassen die Verwendung ihrer Einlagen zu kommunalen Darlehen verboten. Den Gemeinden, denen die gewaltige Last der Wohlfahrtsfürsorge aufgebürdet ist und denen Einnahmequellen für die Deckung dieser Lasten nicht gleichzeitig erschlossen wurden, den Gemeinden, die bereits ein gewaltiges Defizit von 600 Millionen Mark vom Vorjahr aufweisen, dürfen die Sparfassen, für deren Verpflichtungen die Gemeinden die Bürgschaft tragen, keine Anleihen mehr geben. Die Verletzung der Gemeindefinanzen wird auf diese Weise systematisch fortgesetzt. Es handelt sich dabei nicht allein um die Sorge der Herbeischaffung der Mittel für die Wohlfahrts-erwerbslosen, sondern auch um die Bauwirtschaft. Jede vernünftige Wirtschaftspolitik müßte dem Baumarkt, der heute völlig daniederliegt, und den Bauarbeitern, deren Arbeitslosigkeit trotz der stark abgebauten und zum Lebensunterhalt nicht ausreichenden Unterstützung für die gewaltigen Aufwendungen der sozialen Fürsorge verantwortlich ist, erhöhte Aufmerksamkeit zuwenden. Nun sind keine Aussichten dafür vorhanden, daß die gewerbliche Bautätigkeit in diesem Jahr noch in Fluß kommen kann. Der Wohnbautätigkeit erwuchsen in den gewaltig erhöhten Zinssätzen unüberwindliche Schwierigkeiten, so daß allein vermehrte öffentliche Hilfe selbst eine aufs stärkste eingeschränkte Wohnbautätigkeit ermöglichen kann. Von den öffentlichen Bauten wurde in letzter Zeit festgestellt, daß diese — ganz im Gegensatz zu den stark verbreiteten irrtümlichen Meinungen — bereits seit Jahr und Tag gewaltig gedrosselt wurden. Und doch sind es die öffentlichen Bauten, die dem schwergeprüften Baumarkt überhaupt noch eine Stütze bieten könnten. Die Abschneidung der Gemeinden von den Sparfassen und die Erschwerung der Tätigkeit der Sparfassen trifft somit den Baumarkt am stärksten und droht ihm den Todesstoß zu verfehlen.

Nicht weniger bedrohlich könnten die Pläne werden, die die Hauszinssteuer wesentlich umgestalten wollen. Unter dem Schlagwort der Mietenlenkung werden phantastische Pläne in Umlauf gebracht, die in Wirklichkeit darauf hinausgehen, den Hausbesitzern gewaltige Geschenke zuzufächeln. Die Hauszinssteuer soll eine Real-schuld, das heißt in eine im Grundbuch eingetragene unlösliche Schuld der Hausbesitzer umgewandelt werden. Begründet wird dieser Plan vornehmlich damit, daß die öffentliche Hand auf diese Weise in den Besitz einer viele Milliarden Mark betragenden Forderung gelangen würde. Der Besitz einer solchen gewaltigen Forderung könnte als Pfand für große Auslandsanleihen dienen. Es ist aber mehr als zweifelhaft, ob das Ausland dem Reich — oder der Golddiskontbank, der das Reich die Grundbuchforderung zur Aufnahme von Auslandsanleihen überlassen könnte — gegen eine solche Sicherung Anleihen geben würde. Gewinnt das Ausland das Vertrauen zur deutschen Wirtschaft zurück, so gibt es die Anleihen her, selbst wenn die Steuern nicht im Grundbuch gesichert sind; hat es dieses Vertrauen nicht, so werden die Anleihen ausbleiben. Auch könnte man den ausländischen Gläubigern, sollten sie darauf bestehen, andere Pfänder genug bereitstellen. Man müßte nur zum Beispiel das längst fällige Tabakmonopol errichten.

Trotz der berechtigten Einwendungen könnte man gegen die Umwandlung der Hauszinssteuer in eine Real-

schuld nichts einwenden, ja, wäre sie sogar unter Umständen erwünscht. Sie könnte nämlich die günstige Folge haben, daß der seit Jahren dauernde ewige Kampf um die Hauszinssteuer endlich aufhört. Da ihre Abschaffung bei der für absehbare Zeit noch andauernden gespannten Finanzlage der Länder und Gemeinden nicht verantwortet werden kann, ist die Sicherung dieser Steuer gegen die Anstürme der Parteiinteressen an sich erwünscht. Die Gefahr liegt aber darin, daß die Befürworter dieser Umwandlung aus Kreisen des Hausbesitzes gleichzeitig eine drastische Herabsetzung ihrer Lasten erstreben. Die Hauszinssteuer trug den Ländern und den Gemeinden in den Jahren 1927 und 1928 je 1600 Millionen Mark ein, und wenn auch ihr Ertrag für das laufende Jahr infolge der Mietaufschläge durch leerstehende Wohnungen und Arbeitslosigkeit nur auf 1200 Millionen Mark geschätzt wird, so bleibt auch diese Summe eine unentbehrliche Stütze der Länder- und Gemeindefinanzen. Wird leider nur ein stets geringerer Teil des Aufkommens aus der Hauszinssteuer Wohnbauzwecken zugeführt, so ist der zu diesem Zweck verwendete Teil der Hauszinssteuer um so weniger entbehrlich. Der Hausbesitz will nun die Real-schuld in einer Gestalt auf sich nehmen, daß seine Belastung auf ein Mindestmaß sinkt. Nach Plänen, die von dieser Seite veröffentlicht wurden, soll der Hausbesitz nur 300 Millionen Mark im Jahr nur drei Jahre großzügig übernehmen. Für seine Zwecke möchte der Hausbesitz die Mieter und die Hypothekenbanken einspannen. Den Mietern wird eine Mietsverbilligung in Aussicht gestellt, deren Durchführbarkeit bei den Neubauwohnungen überhaupt nicht möglich und für die Altmwohnungen ebenfalls recht fraglich ist, zumal, den umlaufenden Plänen zufolge, zum Ersatz des Steuerausfalls die Mieter mit einer Umsatzsteuer auf die von ihnen bewohnten Wohnräume bedacht werden und nebenbei noch neue Verbrauchssteuern tragen sollen. Die Mieter sollten auf diesen Köder nicht anbeißen. Die Hypothekenbanken unterstützen den Plan einer teilweisen Abschaffung der Hauszinssteuer, damit ihre den Hausbesitzern gegebenen Kredite besser gesichert sind. Dabei wird völlig unbegründet von einer Gefährdung des Pfandbriefmarktes für den Fall gesprochen, daß die Hauszinssteuer nicht wesentlich herabgesetzt wird. Auch wird den Hausbesitzern die Ausdehnung ihrer Kredite für den Fall in Aussicht gestellt, daß ihr Besitz durch starke Herabsetzung der Hauszinssteuer an Wert gewinnt.

Es wäre aber gar nicht erwünscht, daß die Hypothekenbanken den Hausbesitzern mehr als bisher auf ihre Grundstücke leihen, da die verstärkte Beleihung des Hausbesitzes bei der so dünnen Kapitaldecke der deutschen Wirtschaft auf Kosten der Kredithergabe für Neubauten gehen würde. Auch kann keine Rede davon sein, daß durch die Abschaffung oder Herabsetzung der Hauszinssteuer — wie gelegentlich falsch behauptet wird — neues Kapital in der Volkswirtschaft entstehe.

Wie in der „Frankfurter Zeitung“ mit Recht ausgeführt wird, vermehrt der Wegfall der Steuer die Kapitalbildung nicht um einen Pfennig. Deshalb lautet unsere Forderung: Umwandlung der Hauszinssteuer in eine Real-schuld, jedoch nur unter der Bedingung, daß der Erlös nicht wesentlich unter dem gegenwärtigen bleibt.

Kartellfeiertage

Die jetzt tobende Wirtschaftskrise übertrifft alle ihre Vorgängerinnen an Hartnäckigkeit und Dauer. Das hat seinen Grund nicht zuletzt darin, daß es dem Kapitalismus gelungen ist, das preisregelnde Gesetz von Angebot und Nachfrage durch straffe Organisation teils ganz aufzuheben, teils in seiner Wirksamkeit erheblich zu beschneiden. Die Lagerbestände können bis in den Himmel wachsen, und das Warenangebot kann sich noch so sehr verstärken,

die Preise sinken einfach nicht. Der Kartellvertrag, gestützt auf das im Bürgerlichen Gesetzbuch verankerte Vertragsrecht, war bisher stärker als das zur liberalen Wirtschaft gehörende Preisgesetz von Angebot und Nachfrage. Und die Furcht vor der hohen Konventionalstrafe war größer als der Wagemut zu einem kartellvertragswidrigem Außenseitertum. Daran haben auch die verschiedenen Notverordnungen, die eine Lockerung der Preisbindungen in Aussicht stellten, nichts geändert.

Erst die letzten Tage haben hier eine Änderung gebracht, und zwar nicht durch eine der gerade jetzt sehr häufig erlassenen Notverordnungen, sondern durch das Wirtschaftswörterbuch eines anderen Wirtschaftsgesetzes. Damit hat es folgende Bewandnis: Die großen Abzüge ausländischer Guthaben haben in Verbindung mit einer neuen Welle der Kapitalflucht zu einer starken Einschränkung des Gold- und Devisenbestandes der Reichsbank geführt. Die im Reichsbankgesetz vorgeschriebene vierzigprozentige Deckungsgrenze mußte unterschritten und trotzdem der Betrag an umlaufenden Banknoten sehr stark eingeschränkt werden. Um die Inanspruchnahme der Reichsbank zwecks Gewährung neuer Kredite an die heimische Wirtschaft zu erschweren, wurde der Reichsbank für eingelieferte Wechsel von 7 auf 10 % und der Lombardsatz, also der Zinssatz für Kredite auf Grund hinterlegter Wertpapiere, von 8 auf 15 % erhöht. Hinzu kommt noch, daß die Reichsbank die Bestimmungen über die Geldhergabe für Wechsel oder andere hinterlegte Wertpapiere außerordentlich verschärft hat, so daß es heute sehr schwer ist, von ihr überhaupst Geld zu erhalten und wenn schon, dann nur gegen anormal hohe Zinsen.

Welche Wirkungen sind nun von diesem Kurs der Reichsbankpolitik für die Wirtschaft und da vor allen Dingen auf den Krisenverlauf zu erwarten? Einstweilen kommt weder der hohe Diskontsatz noch die beschränkte Geldhergabe der Reichsbank voll zur Auswirkung. Das wird erst dann der Fall sein, wenn alle Geldinstitute wieder verpflichtet sind, die Ansprüche ihrer Kunden zu befriedigen. Bei einem sehr hohen Diskontsatz wird es dem Kaufmann unmöglich, ein großes Warenlager zu unterhalten, da die eingetretene Kreditverknäuerung das Geschäft unrentabel werden läßt. Er wird also ebenso wie der Industrielle gezwungen werden, sein Lager abzustößen, um sich die für die weitere Abwicklung der Geschäfte notwendigen flüssigen Mittel zu beschaffen. Noch sicherer tritt dieser Zustand ein, wenn ihm der bereits gewährte Bankkredit gekündigt wird, was in sehr vielen Fällen eintreten wird, da die Rückgriffe der Privatbanken auf die Reichsbank ebenfalls erschwert und zum Teil unmöglich gemacht sind. Nicht zu Unrecht ist daher mit Ausverkäufen zu rechnen, die das Preisniveau herabdrücken werden.

Zweifellos würde das zur Überwindung der Wirtschaftskrise beitragen, wenn auch vorerst noch mit einer steigenden Zahl von Konkursen zu rechnen ist. Dieser Lauf der Dinge darf jedenfalls nicht gehemmt werden. Es wäre geradezu unverantwortlich, wenn die öffentliche Hand hier zu Stützungsmaßnahmen mit Subventionen einspringen würde. Das darf auf keinen Fall geschehen. Die Arbeiterorganisationen haben darüber zu wachen, daß das nicht geschieht. Darüber hinaus sind alle Hemmungen zu beseitigen, die den durch die Reichsbankpolitik eingeleiteten Preisentfaltungen im Wege stehen. Ein solches Hindernis ist das Kartell. Dessen schädigende Wirkung auf die Preisbewegung muß aufgehoben werden. Vielfach wird ja der wirtschaftliche Notstand ferner stärker sein als die vertraglich geregelte Kartellbildung. Aber ein Hemmnis wird diese auf jeden Fall bilden, so daß zumindest bis zu dem Zeitpunkte, wo eine Reinigung unseres Wirtschaftslebens als gesichert gelten kann, sämtliche Kartellbindungen außer Kraft gesetzt werden sollten. Die Bankenfeiertage sind vorüber, jetzt müssen die Kartellfeiertage einsehen, sonst hätten auch die ersten ihren Zweck verfehlt.

Die Staatskontrolle der Banken

Die Vorfälle bei maßgebenden Großbanken in Deutschland und Oesterreich haben den Blick ganz allgemein auf die Institute des Finanzkapitals gerichtet. Der Staat mußte in diesen beiden Ländern mit namhaften Summen eingreifen und die in Schwierigkeiten geratenen Institute durch Subventionen stützen. In anderen Ländern ist dies bereits ebenfalls geschehen. Wir erinnern an die Verstaatlichung der Bank of United States in New York, die Ende 1930 in Schwierigkeiten geraten war. Wenn die Allgemeinheit berufen sein soll, im Falle einer Pleite einzuspringen, dann muß es auch dem Staate möglich sein, einen Einfluß auf die betreffenden Institute der Wirtschaft auszuüben. Dies scheint die deutsche Regierung eingesehen zu haben. Erklärte doch der Reichsfinanzminister Dr. Brüning in der Rundfunkrede, die er vor der Romreise hielt, unter anderem folgendes: „Nachdem einmal der Staat auf dringendes Ersuchen der Beteiligten sich rettend und schützend auf diesem Gebiet hat einschalten müssen, kann er sich nicht der Pflicht entziehen, auch Maßnahmen vorbeugender Art für die Zukunft zu treffen, wie es andere Völker längst getan haben.“ Man muß in diesen Worten ein Versprechen erblicken, und dringend darauf sehen, daß dieses Versprechen erfüllt wird. Hervorzuheben aus diesem Zitat aus der Rede Brüning's sind die Worte: „auf dringendes Ersuchen der Beteiligten“. Lieft man nämlich die rechts eingestellte großkapitalistische Presse, so muß es scheinen, als hätte sich der Staat ohne zwingenden Grund in das System der Banken eingeschaltet. Wie dem auch sei, heute ist die öffentliche Hand in weitestgehendem Maße gezwungen, die privaten Geldinstitute zu stützen. Ueber die Art des Staatseingriffs in Deutschland einige Worte:

Die deutsche Reichsregierung hat bei dem Fall der Darmstädter- und Nationalbank den Einlegern das Versprechen gegeben, die Einlagen zu schützen. Welche Verluste sich daraus ergeben, sieht im Augenblick noch nicht fest. Es zeugt von der Vörschaftigkeit einer großen Reihe Privatkapitalisten, daß sie Steuern und sonstige Leistungen an die Reichskasse mittels Danat-schecks beglichen haben. Teilweise hat man sich sogar Danat-schecks beforgt, um sie der Reichskasse zuzuleiten. Eine

Bank, wie die Danatbank, konnte naturgemäß nicht ohne weiteres von der Bildfläche verschwinden. Deshalb wurde allgemein der Wunsch ausgesprochen, man möge alles tun, um die Danatbank zu erhalten. Pöhlisch hatten die Großkonzerne, an der Spitze die rheinisch-westfälische Schwerindustrie, den Wunsch, aus der Danatbank eine Industriebank zu machen. Das Reich hat sich bereit erklärt, der Industrie fünf Jahre hindurch ein Aktienpaket in Höhe von 35 Millionen Mark zu 125 % eingezahlt, zu bevorzugen. Die Großindustrie bekommt mithin die Verfügungsgewalt über eine Großbank, ohne dafür in den ersten Jahren einen Pfennig zahlen zu müssen. Die Hilfeleistung des Reiches bei der Dresdner Bank hat sich in einem noch viel stärkeren Maße bemerkbar gemacht. Als dieses Bankinstitut zu stürzen drohte, griff das Reich sofort ein mit dem Versprechen, 300 Millionen Vorzugsaktien zu übernehmen. Durch das Einschließen eines solchen Riesenbetrages erhält das Reich die Aktienmehrheit der Dresdner Bank. Von vier Großbanken, die gegenwärtig in Deutschland noch bestehen, werden zwei im Augenblick von der öffentlichen Hand beherrscht. Die Schröderbank in Bremen ist ebenfalls wieder neu errichtet worden unter dem Namen Norddeutsche Vereinsbank AG. Auch dort ist die Mehrheit des Aktienkapitals des neuen Instituts von dem Staat Bremen und dem Reich übernommen. In Sachsen erfolgte eine Fusion zwischen der Sächsischen Staatsbank und der Allgemeinen Deutschen Kredit-Anstalt, ebenfalls unter maßgebendem Einfluß des sächsischen Staates. Wenn man berücksichtigt, daß das Reich in der Reichskreditgesellschaft, der Staat Preußen in der Preussischen Staatsbank usw., mithin die öffentliche Hand im Bankwesen bereits starke Positionen besetzt hielt, so muß man feststellen, daß bereits ein großer Teil des Bankgeschäfts von Instituten erledigt wird, die sich unter dem Einfluß der öffentlichen Hand befinden.

Aus dieser Tatsache müssen die Konsequenzen gezogen werden. Deshalb ist auch das Verlangen allgemein, die Geschäfte der großen Kreditbanken einer Kontrolle zu unterziehen. Die Regierung kann sich diesem Verlangen nicht entziehen. Nun wird die Frage akut, wie sich

diese Bankenkontrolle vollziehen soll. Dabei ist es wichtig, daß in einigen Ländern bereits eine Aufsicht der Banken durch den Staat verwirklicht ist. In den Gesetzen einzelner Staaten sind Möglichkeiten vorhanden, daß jederzeit ein Eingriff des Staates erfolgen kann. In Schweden und Dänemark ist die staatliche Bankkontrolle verwirklicht. Der Artikel 156 der Reichsverfassung gibt der Reichsregierung durchaus die verfassungsrechtliche Möglichkeit, in die Privatrechte der Banken einzugreifen. In der Nr. 32 der „Gewerkschafts-Zeitung“ sind Leitsätze zu einem Gesetz über die Errichtung eines Bankamts abgedruckt, die von den Genossen Fritz Naphtali und Franz Neumann entworfen wurden. Diese Leitsätze sollen nachstehend inhaltsgemäß wiedergegeben werden:

1. **Ausübung des Bankgewerbes.** Zur Ausübung des Bankgewerbes wird das Konzessionsystem eingeführt. Als Rechtsformen der Banken gelten die Aktiengesellschaften, die Kommanditgesellschaft auf Aktien oder die eingetragene Genossenschaft. Das Mindestkapital einer Bank soll 500 000 M betragen. Das Eigenkapital jeder Bank muß mindestens ein Zehntel der Verpflichtungen derselben erreichen.

2. **Die Organisation des Bankamts.** Das Bankamt wird beim Reichswirtschaftsministerium errichtet. Es besteht aus einem Präsidenten, der notwendigen Zahl Beamten und Wirtschaftsprüfer. Der Beirat besteht aus 20 Mitgliedern und 20 Stellvertretern, die vom Reichsrat, vom Städtetag, vom Reichswirtschaftsrat vorgeschlagen beziehungsweise von der Reichsregierung ernannt werden. Die Vertreter der Arbeitnehmer werden vom Reichswirtschaftsrat vorgeschlagen.

3. **Aufgaben des Bankamts.** Jede Bank hat dem Bankamt Monatsbilanzen zu erstatten, wozu verbindende Richtlinien zu erlassen sind. Jede über 500 000 Mark hinausgehende Kreditgewährung ist dem Bankamt zu melden. Das Bankamt ist befugt, von jeder Bank Aufgliederung der Außenstände zu verlangen. Das Amt ist ferner befugt, eine Bank darauf hinzuweisen, daß ein bei ihr verschuldetes Unternehmen auch bei andern Banken verschuldet ist. Das Bankamt kann einheitliche Anlagevorschriften unter dem Gesichtspunkt der Sicherheit der Anlagen erlassen. Bei eigener Kapitalerhöhung und bei Emissionen aller Art ist von der betroffenen Bank die Einwilligung des Bankamts einzuholen. Die Durchführung der Richtlinien des Bankamts wird durch periodische Revisionen von Wirtschaftsprüfern überwacht. Für Banken, deren Verpflichtungen 50 Millionen Mark übersteigen, hat das Bankamt einen oder mehrere ständige Bankkommissare zu ernennen. Es folgen dann die Bestimmungen, die gegen Zuwiderhandlung gegen die Verpflichtungen der Banken angewendet werden. Bezüglich der Reichsbank soll die Befestigung der Autonomie derselben unverzüglich angestrengt werden.

Diese Leitsätze zu einem Gesetz über die Errichtung eines Bankamts sind so gehalten, daß die Regierung dazu ohne weiteres ihre Zustimmung erteilen könnte. Naturgemäß machen sich sofort Widerstände der Privatwirtschaft bemerkbar. Diese hatte keine Bedenken als die Reichsregierung mit den Mitteln der Allgemeinheit für die Unterlassungssünden von Privatpersonen einstehen mußte. Jetzt, nachdem die Konsequenzen aus diesen Vorfällen gezogen werden sollten, kommen die bekannten Wenn und Aber. Die Regierung, die dem Volke durch die Notverordnungen so große Opfer auferlegte, muß nach unserer Meinung hier rücksichtslos vorgehen. Es liegt durchaus kein Grund vor, hier irgendwelche Rücksichten zu nehmen. Wenn die „Vergewerks-Zeitung“ schreibt: „Es ist eine Ironie der Finanzgeschichte, daß aus dem größten Krach Deutschlands eine Banken-Aufsichtsbehörde entstehen soll“, so möchten wir es als eine Ironie bezeichnen, daß ein solcher Satz überhaupt niedergeschrieben wurde.

Die Idee der Wirtschaftsdemokratie wurde verlästert als sie auf dem letzten Gewerkschaftskongress zum Programmpunkt der Gewerkschaften erhoben wurde. Jetzt sehen auch bürgerliche Wirtschaftspolitiker ein, daß es ohne eine Wirtschaftsdemokratie einfach nicht mehr geht. Die Staatskontrolle über die Banken ist ein Teil der Wirtschaftsdemokratie. Vermag erst der Staat die Kapitalleitung in die einzelnen Kanäle der Wirtschaft zu überwachen, dann werden jene Fehlleitungen, die in den Jahren von 1924 bis 1930 erfolgten, für die Zukunft unmöglich sein. Eine Planwirtschaft ist im Werden, und damit die Möglichkeit gegeben, daß unter Berücksichtigung der Interessen der breiten Masse die gesunde Aufwärtsentwicklung der Wirtschaft erfolgt.

Der Abbau der Arzthonorare in der Krankenversicherung

Die Notverordnung vom 26. Juli 1930 bezweckte bekanntlich eine Einsparung von etwa 10 % der Kosten der Krankenversicherung zugunsten der Arbeitslosenversicherung. Der Zweck ist auch tatsächlich erreicht worden, allerdings nur unter schwerer Belastung der Versicherten. Inzwischen ist die Krankenversicherung selbst notleidend geworden. Mit den sinkenden Löhnen sind auch die Beiträge der Krankenkassen, die in Prozenten der Löhne berechnet werden, zusammengeschnitten. Wenn nun auch das Krankengeld den Löhnen ebenso folgt wie andere Vorleistungen, erfordern die Sachleistungen, also ärztliche Hilfe, Krankenhauskosten usw., im wesentlichen dieselben Kosten wie früher. Auf die Dauer ist das für die Krankenkassen unerträglich. Die Kassen haben den Ärzten und übrigen Heilberufen deshalb bedeutet, daß auch sie, ebenso wie die Versicherten es schon getan haben, Opfer bringen müssen. Diese Bemühungen haben zum Teil Erfolg gezeitigt. In Verhandlungen, die am 31. Juli zwischen den Kassen- und Ärzteverbänden stattfanden, haben die Ärzte freiwillig eine Senkung der Arzthonorare zugestanden. Die Abschläge von den Honoraren, die die Ärzte den Kassen gewähren, bewegen sich je nach der Leistungsfähigkeit zwischen 10 bis 20 % der im Vorjahre gezahlten Honorare. Es handelt sich zunächst um eine

Hebt rechtzeitig Wahrschau!

Jedem Menschen erscheinen die Arbeitsmaschinen, die in den verschiedensten Abarten in unserer Industrie verbreitet sind, als der Inbegriff des Gefährlichen. Viele verbinden mit dem Wort „Anfall“ sicher das Bild von Treibriemen, sich drehenden Rädern, schneidenden Messern, rotierenden Getrieben. Ebenso sehen wohl die meisten Menschen eine Leiter als einen harmlosen Gegenstand des täglichen Gebrauches an. Um so mehr werden sie dann alle erstaunt sein, wenn sie erfahren, daß durch Fall von Leitern, Treppen und durch Lufen und dergleichen viel mehr Unfälle vorkommen als durch Arbeitsmaschinen. Ja, wenn man die Todesfälle durch Unfall miteinander vergleicht, so kann man aus der Statistik für 1929 feststellen, daß sogar mehr als dreimal soviel Unfalltodesfälle durch Fall von Leitern usw. als durch Arbeitsmaschinen hervorgerufen wurden, nämlich 620 gegen 192.



Bestell Nr. 384-d. Unfallverhütungsbild 6.m.b.H. b. Verb. d. Dtsch. Berufsgenossenschaft, Berlin W9

Bei einer derartigen allgemeinen Einstellung ist es ganz verständlich, daß diejenigen, die ständig mit Leitern zu tun haben, durch diese Gewöhnung noch ganz besonders abgestumpft werden. Falsche Benutzung und Aufstellung, mangelnde Sicherung gegen Ausgleiten und anderes mehr verschulden einen ungeheuer großen Teil dieser großen Zahl von Leiterunfällen. Aber es ist auch eine weit verbreitete, bisher wenig bekämpfte Ansichte, sich nicht mit beiden Händen festzuhalten, wenn man eine hohe Leiter besteigt. Wer Handwerkzeug usw. mit an die höher gelegene Arbeitsstelle transportieren muß, derentwegen er die Leiter besteigt, der muß unbedingt dafür sorgen, daß er trotzdem seine beiden Hände zum Aufstieg frei hat. Bei einiger Ueberlegung läßt sich in jedem einzelnen Falle eine Möglichkeit finden, um auf diese Weise ungefährdet die Leiter benutzen zu können.

vorläufige Regelung, die durch eine endgültige möglichst bald abgelöst werden soll. Bemerkenswert ist, daß die Ärzte für die Endlösung ein System vorschlagen, das darauf hinausläuft, ihre Honoraransprüche eng mit den Löhnen der Versicherten zu koppeln. Es soll ein gleitendes Honorar für die Ärzte eingeführt werden, das automatisch den Löhnen der Versicherten folgt. Bei sinkenden Löhnen würde demnach das Honorar der Ärzte auch sinken, während es bei Lohnsteigerungen natürlich auch automatisch steigen würde. Wir halten diesen Vorschlag für grundsätzlich sehr beachtenswert. Ob er durchgeführt werden kann, läßt sich aber noch nicht übersehen. Die Vertreter der Betriebskrankenkassen haben bereits ihre Bedenken angemeldet, weil bei diesem System die Ärzte an der Lohnfestsetzung bei den Versicherten zu sehr interessiert würden. Die Betriebskassen mögen sich jedoch beruhigen. Die organisierte Arbeiterschaft wird auch ohne Hilfe der Ärzte ihre Lohnverhandlungen zu führen wissen.

Verbandsnachrichten

Bekanntmachungen des Zentralvorstandes

Ausschluß von Mitgliedern

Wegen Vergehens gegen den § 7 Absatz 3 der Satzungen wurde in Bad Freienwalde an der Oder Willi Schild (Verbandsbuchnummer 109 799) und wegen Streibbruch in Jöhoe Friedrich Behnke (83 061) aus dem Verbande ausgeschlossen.

Berichte über die geleistete Jugendarbeit

Wir weisen nochmals darauf hin, daß die Zahlstellen-vorstände verpflichtet sind, über die Tätigkeit der Jugendabteilungen Bericht zu erstatten. Die für diesen Zweck ausgegebenen Fragebogen sind bis jetzt nur von wenigen Zahlstellen beantwortet. Wir ersuchen, das Versäumte nachzuholen und dem Zentralvorstand sowie an den Gauleiter umgehend über die Tätigkeit der Jugendabteilungen in den Monaten Januar bis Juni 1931 zu berichten.

Achtung, Schwindler!

Unter dem Namen Eugen Stark, angeblich in Ungarn geboren und in Belgien staatsangehörig, versucht ein Schwindler als politischer Flüchtling von den Gewerkschaften in Rheinland-Westfalen Gelder für die Rückreise nach Belgien zu erlangen. Stark wechselt seinen Beruf nach Bedarf und vielleicht auch seinen Namen und seine Staatszugehörigkeit. Alle Zahlstellenkassierer sind hiermit gewarnt. Der Zentralvorstand.

Unsere Lohnbewegungen

Beilegung der Lohn Differenzen bei der Siedlungsgesellschaft Bauernland AG., Berlin, Siedlung Wernigerode

Die Firma S. Minuth, Baugesellschaft m. b. H., Berlin, Landwirtschafts- und Industriebauten, führt bei den Bauernsiedlungen den Neubau von Feldscheunen auf. Die Baustelle erstreckt sich über die Orte Schmalzfeld, Drübeck, Isenburg und Stapelburg. Die beiden erstgenannten Orte gehören zum Lohngebiet Wernigerode mit einem Stundenlohn für Zimmerer von 1,16 M, die letzteren Orte zum Lohngebiet Isenburg-Stapelburg mit einem Stundenlohn für Zimmerer von 99 S. Im allgemeinen herrschen auf den sämtlichen Baustellen geradezu fürchterliche Zustände. Die Notlage der Bauarbeiterschaft wird von den Landunternehmern ausgenutzt, so daß auf vielen Bauten die Entlohnung weit unter Tarif ist. Es werden Stundenlöhne von 80 bis 100 S für Facharbeiter gezahlt. Das Organisationsverhältnis bei den Bauarbeitern liegt sehr im argen, was selbstverständlich die Schwierigkeiten erhöht, um den tariflichen Lohn durchzusetzen. Bei den Zimmerern ist das Organisationsverhältnis günstiger, weil unsere Wernigeroder Kameraden ein wachstames Auge haben. Aber trotzdem gibt es auch noch Zimmerer, die bis heute noch untertariflich arbeiten. Die Firma Minuth machte hiervon eine rühmliche Ausnahme, zahlte bisher immer die tariflichen Löhne, bis am 18. Juli die Anweisung an die Zimmerpoliere kam, daß ab nächster Lohnwoche für Facharbeiter nur noch ein Stundenlohn von 1 M für alle Baustellen gezahlt werden sollte. Die Firma begründete diesen Lohnabzug von 16 S mit einer angeblichen Vereinbarung, die zwischen den Bauarbeitergewerkschaften mit der Direktion der Siedlungsgesellschaft und den am Bau beteiligten Unternehmern getroffen sein soll. Dem Zimmerverband war von einer solchen Vereinbarung nichts bekannt. Auf Grund unserer an Ort und Stelle vorgenommenen Nachprüfungen und schriftlichen Protesten, brachten wir in Erfahrung, daß der Bauergewerksbund durch seinen Bezirksleiter die Verhandlungen geführt hat und einseitig, ohne die andern Bauarbeiterverbände in Kenntnis zu setzen, die Tariflöhne abgeändert hat. Wir haben gegen diese Maßnahme protestiert mit dem Erfolg, daß auch weiterhin unsern Kameraden die tarifliche Entlohnung gesichert ist. Die Firma Minuth teilte uns auf unsern Einspruch folgendes mit:

„Unserm Polier in Schmalzfeld haben wir Anweisung gegeben, daß er den dort beschäftigten Zimmerern den tariflichen Lohn zahlt und außerdem eine Nachzahlung der Differenzlöhne ab 17. Juni vornimmt. — Unsere Festsetzung der Stundenlöhne war, wie Ihnen ja bekannt sein dürfte, nur darauf zurückzuführen, daß unser Auftraggeber, die Bauernland AG., Anweisung gegeben hatte, dieselben Löhne zu zahlen, die sie mit dem Bauergewerksbund vereinbart hatte.“

Auf Grund unseres Eingreifens haben dann 13 Kameraden für 985 Stunden eine Nachzahlung von 157,60 M erhalten. Weiter wurde der Stundenlohn für Zimmerer von 1,16 M anerkannt. Auch die Generaldirektion der Siedlungsgesellschaft Bauernland AG., Berlin 24, Monbijouplatz 3, hat durch ein Schreiben vom 29. Juli, das folgenden Wortlaut hat, den Tariflohn für Zimmerer anerkannt.

„Auf Ihr an die Bauleitung in Isenburg gerichtetes Schreiben vom 3. dieses Monats teilen wir Ihnen mit, daß nach Rücksprache mit der Firma Minuth, diese sich bereit erklärt hat, die tariflichen Löhne weiterhin zu entrichten und eine Nachzahlung der Differenzlöhne ab 17. Juni 1931 vorzunehmen. Die Firma Minuth erklärt, daß Ueberstunden nicht geleistet worden sind. Es sind nach Angabe der Firma Minuth nur diejenigen Stunden nachgeholt, die wegen schlechter Witterungsverhältnisse und wegen Materialmangels ausgefallen sind.“

Eine Durchschrift dieses Schreibens haben wir der Firma Minuth und unserer Ortsverwaltung in Isenburg zur Kenntnisnahme übersandt. Wir bitten hiervon Kenntnis zu nehmen und zeichnen hochachtungsvoll

gez. Unterschriften.“

Mit der Anerkennung des Tariflohnes durch die Bauernland AG. sind die Differenzen mit der Firma Minuth, Berlin, beigelegt. Aufgabe unserer Kameraden auf den Baustellen der andern Unternehmer muß es sein, überall mit Nachdruck den Tariflohn zu fordern und wo derartige untertarifliche Entlohnung vorgenommen wird, sofort den Gauleiter hiervon in Kenntnis zu setzen, damit dieser eingreifen kann.

UNTERHALTUNG & WISSEN



Wir fahren um die Welt

Was der Fremde sonst nicht sieht.

„Morgen abend können Sie mit auf Krankenvisite kommen, wenn Sie Lust und gute Nerven haben“, sagte der Freund. „Sie bekommen Einblick in chinesische, arabische, malaisische Häuser. Das sieht sonst kein Europäer; ein Fremder erst recht nicht.“

Der deutsche Arzt, der mit Aufgeschlossenheit und schönem Helferswillen mir in der ersten Zeit des Fremdenlebens half, — er versprach, mich als seinen Assistenten vorzustellen, wenn es nötig sein sollte.

Es war nicht nötig. Denn schon nach den ersten Krankenbesuchen spürte ich, niemals würden die Eingeborenen wagen, eine andere Frage an den Doktor zu stellen, als nach ihren Kranken. Der europäische Arzt, das ist für den Chinesen oder Arabier nicht nur ein einfacher weißer Mann, er erhöht ihn bewundernd zum Halbgott, vorausgesetzt, daß er durch sein Können sich das Vertrauen der Bevölkerung erworben hat. Ja, daß er — und dies ist nicht minder wichtig — ihr Wesen, ihre Lebensart, ihre Weltvorstellung versteht und entsprechend mit ihnen umgeht. Ist das wechselseitige Vertrauen von Patient und Arzt in Europa schon von einschneidender Bedeutung, um wieviel entscheidender erst ist es zwischen Farbigen und Weißen.

Das Auto, von einem Malaien gesteuert, hält im Chinesenviertel vor einem Goldwarengeschäft. Die Familie — Mutter und vier Söhne — erwarten den Doktor vor der Ladentür an der Straße. (Es ist Sitté, vor dem Hause zu warten, und gilt als Zeichen der Wertschätzung.) Er fragt: „Mana fakit?“ („Wer ist krank?“), aber es stellt sich bald heraus, daß keines der Familienmitglieder krank ist. Aber bei Tef Sun Ho, einem Angestellten des Geschäfts, das zwei Monate alte Kind. Weshalb das nicht gleich am Telefon gesagt worden sei und er erst hierher fahren müsse? Wofür den sinnlosen Umweg? Er möge entschuldigen, der Herr Doktor, sagt die alte Chinesin, Tef Sun Ho sei ein armer Mann und sie wüßte nicht, ob der Herr Doktor zu so einem Niederen gehe, hätte sie gleich gesagt, daß sie seine Hilfe nicht in der eigenen Familie bräuchten.

Der Arzt lacht, wippt der Alten auf die Schulter und sagt zum jüngsten der dabei stehenden Söhne: „Los in den Wagen und zeig' dem Chauffeur den Weg.“

Während der kurzen Fahrt erklärt er mir den Sinn der in Malaisisch geführten Unterhaltung, von der ich nur wenige Brocken verstand. Es sei lächerlich zu glauben, daß er nicht zu dem armen Teufel gegangen sei; aber so seien die Chinesen: immer glaubten sie, man täme nur zu den eingeführten Patienten.

Der Weg zu Tef Sun Ho.

Das Auto hielt. Und es begann — der Junge ging als Führer mit einer Taschenlampe voran — abseits von der Straße eine Irrfahrt durch ein Hüttengewirr, wie es nur in Indien möglich ist. Von einem Weg zu sprechen, wäre eine Ironie auf den jämmerlichsten Pfad, der durch ein deutsches Schuttabladegebiet geht; kaum drei Hände breit führte ein zusammengetretenes Etwas, unterbrochen von knöcheltiefen Regenschlachten, an steil abfallenden Vertiefungen vorbei. Zu beiden Seiten zweigten wieder „Wege“ ab: standen winzige Holzhütten, vor denen die Frauen kochten. Die Küche: ein offenes Holzfeuer am Boden oder ein gußeiserner, einflammiger Schiffsmannsöfen. Das Kochgeschirr: eine eiserne Pfanne, aus der beäunzend, die ganze Umgebung einhüllend, der penetrante, herbste Geruch des Kokosöls stieg. Die zubereitete Speise: Reis. Reis in jeder Form.

Die Beleuchtung dieser Küchen vor den Häusern am knappen drei Hände breiten Weg (wir mußten jedesmal einen Bogen um die Feuerstelle oder den transportablen Herd machen): sie bestand aus einer kleinen Flaschenlampe. Durch den Hals, eingeklemmt im Spalt eines Blechstückchens, hing ein zusammengekehrter Wollfaden, der das Petroleum aufsaugte. Die Flamme, durch keinen Zylinder geschützt, schwankte kaum in der schweren unbewegten Luft, ruhte aber fürchterlich. Als belebende Statisten: Kinder, Kinder — üppig an Zahl wie nur bei Chinesen.

Endlich waren wir am Hause Tef Sun Hos. Der Mann öffnete. Das heißt, er schob eine Vorhänge zur Seite. Wir standen im Schlaf-, im Krankenzimmer. An der Wand hing eine jener Petroleumlampen, wie bei uns vor einem Vierteljahrhundert sie zur Treppenbeleuchtung verwandt wurden. Der winzige Raum wurde fast ganz ausgefüllt vom Klambubett. Nur an der vorderen Längsseite hing ein altes, oft gestopftes Moskitonetz; mit der andern Seite und dem Fußende stand es hart an der getünchten Wand. (Ich dachte an die frei, luftig im Raum stehenden Betten im Hotel und den Europäerhäusern.) Das Kopfteil aber hatte als Meßersägen eine Schutzwand, zusammengeklebt aus chinesischen Zeitungen. Zeitungen, bei deren Anblick man sich fragte: überwiegen die Buchstaben oder die schwarzen Hinterlassenschaften von Fliegen und Kakerlaken auf dem einseitigen Papier?

Alltäglicher Krankenbefund.

„Eine solid vererbte Syphilis“, sagte der Freund, der sich über das Kind beugte. „Sehen Sie her. Zwei Monate alt. Obendrein tüchtig Mischma. Hören Sie, wie es japst.“

„Wird es sterben?“

„Ausgeschlossen. Die Chinesenkinder sind zäh wie...“ Er gebrauchte einen jener drastischen Vergleiche, wie sie der Medizinerberuf mit sich bringt.

„Was ist damit?“ fragte er auf Malaisisch und wies auf den rechten Unterarm des regungslosen Kindes, der faustdick mit bunten Lappen umwickelt war.

Die Mutter — sie sah die ganze Zeit mit untergeschlagenen Beinen im Bett — antwortete etwas, das ich nicht verstand. Der Mann — er mochte Dreißig sein, die Frau Anfang der Zwanzig — redete gleichzeitig mit viel Eifer, und aus dem Ton entnahm ich, daß er irgendeine entschuldigende Erklärung abgab.

„Immer die alte Schweinerei“, sagte der Freund auf Deutsch. „Natürlich ein Geschwür. Sehen Sie nur die Dredklappen. Der indische Doktor hat eine Salbe darauf geschmiert, und der „Verband“ soll zwei Wochen nicht herunter. Schauen Sie nur, wie die Frau plärrt. Wenn sie nicht mehr an ihren Wundermann glauben, dann kommen sie zum Europäer.“

Er begann ein Rezept zu schreiben. „Pigi roemah obat...“ Er solle zur Apotheke gehen und die Medizin besorgen. Wenn sein Besuch wieder nötig sei, solle er telephonieren.

Dann gingen wir zurück durch das Hüttengewirr, und als wir wieder auf der Hauptstraße standen — draußen in Meester Cornelis, einer Vorstadt Batavias — schien sie uns plötzlich weltstädtisch, weil einige elektrische Lampen da brannten. Kurt Offenburg

Begegnung

Wir waren wacker ausgeschritten. Ein schöner Sommer Sonntag lag hinter uns. Ganz tief im Westen stand schon die Sonne und vergoldete mit ihren Strahlen den zur Neige gehenden Tag. Es war die Zeit, wo die Wölkchen wie Goldblöcken am Himmel schwebten, um dann bald von Silbersternen abgelöst zu werden. Es war ein Tag, wo nur wenige Stunden Nacht den Tag trennten — ein Tag, wo man ungern ins Bett steigt.

Doch ein allzu menschliches Bedürfnis quälte uns, nämlich der Hunger. So lenkten wir unsere müden Schritte von der Landstraße ins erste beste Gasthaus. Ließen uns tüchtig aufstischen und machten es uns bequem. Durch die geöffneten Fenster säufelte die angenehme Frische des Abends, und es wäre bei weitem angenehmer gewesen, wenn die Stille von draußen nicht vom Gerede des Gasthausgrammophons unterbrochen worden wäre. Dieses streute nun die neuesten Schlager in den Gastraum, die Gäste summten hinter ihrem Bierglase mit und Hindenburg hing in aller Würde verstaubt über dem Schantische.

Die Gasthaustür öffnet sich. Herein treten drei Handwerksburschen, ihr Auftreten ist bescheiden. Man merkt den dreien es sofort an, daß sie irgendeinen Wunsch äußern wollen.

„Was wünschen sie?“ fährt die dicke Wirtin die drei etwas herb an.

Pause.

„Na, was wollen sie denn haben?“ fragt die Wirtin nochmals in etwas wärmerem Tone.

„Verzeihung“, beginnt einer von den dreien, „wir haben einen Bärenhunger und haben heute noch nichts im Magen. 70 % ist unsere Barschaft. Würden sie so freundlich sein und uns dreien aus Küchenresten ein Essen herstellen? Bitte.“

Die Wirtin musterte die drei von unten bis oben, und wie Barmherzigkeit klingt ihr: „Na, ich will mal sehen, was sich machen läßt.“ — Wendet sich zur Tür, die wahrscheinlich zur Küche führte und gab verschiedene Anweisungen.

Die drei lassen sich schwer und müde an einem der dastehenden Tische nieder. Ihre Bündel gleiten wie lässiger Ballast auf den Boden und ihre Körper ruhen mäßig auf dem Tische.

Wie die Zeit verfliegt. Vor zehn Jahren warst auch du so ein Handwerksbursche. Diese drei zaubern Bilder aus der Vergangenheit. Bilder, wo der Landstraßenwind um die Nase pfliff. Überall war man zu Hause damals. Frei und ledig. Es war doch schön! Die vergangenen Jahre rollen wie ein Film ab, und dann begann ein anderes Leben. Ein zweiter Mensch gesellte sich zu dem meinigen.

„Sier“, mit diesem Wort stellt die Wirtin drei übervolle, dampfende Teller vor die drei hin. Ein Ruck ging durch die müden Körper. Der Hunger ließ die Kinnbacken, noch ehe sie überhaupt etwas in den Mund gesteckt hatten, zittern und arbeiten.

Was jetzt begann, habe ich in meinem Leben noch nicht gesehen. Man hätte an ein Wunder glauben können, wenn man nicht selbst Zeuge gewesen wäre. Die Teller waren im Handumdrehen leer und sauber. Klirrend fiel das Geschirr auf die Teller. Ein wohlthätiger Akt war vollbracht.

„Das war ein Essen! Nun einen guten Tropfen drauf“, spricht der Längste von den Dreien.

Ein Gast aus dem Zimmer, der mit einem Lächeln alles mit angesehen hatte, erhebt sich, zieht seine Geldbörse, tritt zum Schantische, bezahlt drei Glas Bier und nickt den Dreien zu.

Und die Drei — sie tranken dem edlen Spender alles Gute zu, und dabei wurden sie immer munterer und gesprächiger.

Jetzt konnte man an der Sprache erkennen, welche Landsmänner es waren. Der eine ein Bayer, gebürtig aus Nürnberg. Er beklagte diese Trockenheit und be-

dauerte, daß er nicht an den heimischen Bierquellen sitze. Der zweite ein Norddeutscher, Hamburger. Er sprach nicht viel. Seine Gedanken mochten wo ganz anders weilen.

Und der dritte ein Sachse. Sein Dialekt sprach für sich. Ihm wäre vielleicht noch ein Butterbrotchen angenehmer gewesen.

So vereinten die drei Süd-, Nord- und Ostdeutschland. In Augsburg, in der Penne, hatten sie sich gefunden. Waren zusammen manchen Kilometer Landstraße getipelt, um in irgendeiner Stadt Arbeit zu bekommen — und das in so einer Zeit, ist wohl das schwerste Rätsel. Sie waren trotz aller Not heiter und saßen hier bei ihrem Glase Bier.

„Nun müßte man noch etwas zum Rauchen haben“, sprach der Dickste von den dreien und machte sich's im Stul bequem.

Ich begegne seinem Blick, biete diesen dreien mein Zigarettenetui an — „Bitte schön.“

„Danke schön!“

Die drei hüllten sich in Tabaksqualm ein und meinen, das Leben werde jede Minute angenehmer.

Nun eine feine Wiese zum Schlafen. Der Wunsch äußert sich bei allen dreien durch ein langes Gähnen. Stehen auf, bedanken sich für alles Gute und lassen sich vom lieben Gott, vielleicht gar nicht weit vom Gasthause, eine duftige Wiese schenken.

Mit dem Hinaustreten der drei Handwerksburschen wird es auf einmal leer und tot im Gasthause.

Otto Reschbeil.

Rohlenpott

Die größten Kunstwerke entstehen aus der Sehnsucht nach Freiheit, aus der Sehnsucht ganzer Geschlechter nach jener Freiheit, die das Glück des einzelnen und das Glück der Gesamtheit umschließt. Der künstlerisch begabte Mensch, der ohne dieses Erlebnis der Sehnsucht ist, kann ein großer Virtuose der Form werden, selten mehr. Ein Künstler, der die Sehnsucht eines ganzen Geschlechts zum Gegenstand seines Schaffens macht, konzentriert sich nicht allein auf eine neue Form, sondern er findet sie von selbst. Ein solcher Künstler war Lehmbruck.

Sein bedeutendstes Werk ist die „Kniende“. In dieser empfindsam knienden Frau ist mehr Sehnsucht als anatomisches Maß. Plastiken, die nackte Frauen darstellen, sind oft Liebesgedichte voll Verlangen und Erfüllung. Diese nackte Frau aus der Bildhauerwerkstatt Lehmbrucks steht in einer Welt aus rauchenden Riesenhitzen und Schutthalben, sie steht in einer Welt der Fronarbeit und des Profits: die gestaltgewordene Sehnsucht eines mißhandelten Geschlechts.

Und obwohl sie demütig kniet, wurde sie beschimpft und geschlagen. Die Machthaber des Ruhrgebiets, die Herren über die Schätze im Schoß der Erde, über Hochöfen und Walzwerke, über eine Armee von Arbeitern, gaben das Zeichen, und ihre Schlägen schlugen auf das Kunstwerk los, das einer geschaffen hatte, der unter ihnen gelebt hat, und der nichts anderes wollte, als der in ihnen verschütteten Sehnsucht nach befreiter Arbeit und nach Schönheit und Lebensfreude Ausdruck zu geben.

Mit Sehnsucht allein ist es nicht getan. Wer das noch nicht begriffen hat, im Ruhrrevier begreift er's. Die meisten wissen herzlich wenig von diesem industriellen Zentrum Deutschlands. Sie lesen einmal etwas von Streiks und Anrufen an der Ruhr oder eine romantische Reportage, die vom Rhythmus der Arbeit und vom Hohenlied der Technik schwatzt — und das ist alles. Das Buch „Rohlenpott“ von Georg Schwarz — jetzt bei der Büchergilde Gutenberg Berlin als reich illustrierter Dreimarkband erschienen — zeigt das Ruhrgebiet in seiner ganzen Größe und Bedeutung und führt kreuz und quer durch Industrie und Landschaft, durch Soziales und Geschichtliches. Eine neue fesselnde Welt tut sich auf.

Georg Schwarz, der nicht nur einmal an die Dinge, die er beschreibt, herangegangen ist, sondern der das Ruhrgebiet gut kennt („Von Kindesbeinen an“), erzählt vom Schaffen des Bergmanns in der Tiefe, von den Gefahren seiner Arbeit, von seinem jämmerlichen Lohn und seinen trostlosen Daseinsverhältnissen. Er hat die Werke von Krupp besucht und berichtet von der Geschichte und den Ausdehnungsmethoden dieser Riesenfirma, er erzählt vom Arbeitsphysiologischen Institut und vom Dinta, dieser neuesten Gistliche der Unternehmer, in der vor allem das Gas zusammengebräut wird, das die Situation des Klassenkampfes vernebeln soll. Wir erfahren von Schwarz, was der arbeitende Mensch in seinen wenigen Mußestunden treibt, wir hören von seinen Organisationen und von der kampferfüllten Geschichte des Bergarbeiterverbandes. Der Autor versteht es, Landschaften und Städtebilder zu zeichnen, er beschreibt das Verkehrswejen, das die ungeheure Produktion zu verfrachten hat, und wir lernen auch den Versuch kennen, in dieses willkürlich zusammengeworfene Chaos von Gruben, Halben, Staubecken, Gleisanlagen, Städten und Dörfern Ordnung zu bringen. Da ist kaum ein Teilgebiet, das Schwarz beiseite gelassen hätte.

Was seine Betrachtungen vorteilhaft von anderen unterscheidet, das ist der geschärfte Blick des Sozialisten, der die gesellschaftlichen Zusammenhänge sieht und der die wirklichen Kräfte und Mächte dieser industrialisierten Welt erkannt hat. Auf den letzten Seiten seines Buches sehen wir den klassenbewußten Arbeiter aufstehen, zwischen den Zeilen erhebt sich die große dunkle Gestalt aus ihrer gebückten Haltung, und ihre Fäuste ballen sich in der Erwartung unausbleiblicher Kämpfe. Es wird ein Tag kommen, an dem der Ruhrprolet den Zeiger der Weltuhr auf die Stunde der Entscheidung rückt.

Werder Mitglied der Büchergilde Gutenberg!

Auskunft erteilen die Vertrauensleute des Deutschen Buchdruckerverbandes

Verichte aus den Zahlstellen

Magdeburg. Am 5. August fand in der Bürgerhalle eine Versammlung für den Bezirk Magdeburg statt. Vor Eintritt in die Tagesordnung ehrte die Versammlung einen verstorbenen Kameraden in der üblichen Weise. Unter Mitteilungen erfolgte der Hinweis, daß in den nächsten Tagen auf den Plätzen und Baustellen eine Statistik aufgenommen wird. Pflicht der Platz- und Baudelegierten ist es, den Beauftragten in tatkräftiger Weise zu unterstützen. Der Bericht von der stattgefundenen Zahlstellenversammlung wurde unter größter Aufmerksamkeit entgegengenommen. In ausführlicher Weise schilderte Kamerad Strehlow den Verlauf dieser Tagung, die in Burg im Gewerkschaftshaus stattfand. Redner wies unter anderem auf die Beschwerden gegen die Leitung der Bauhütte hin. In der Diskussion wurde das Verhalten der Geschäftsleitung der Bauhütte gegenüber unseren Kameraden, die dort als Notstandsarbeiter beschäftigt waren, verurteilt. Mit aller Energie muß versucht werden, diesen Zuständen zu begegnen, um ein besseres Zusammenarbeiten zu gewährleisten. Anschließend schilderte Kamerad Köhlert seine Eindrücke von dem von allen Zahlstellenangestellten besuchten Kursus in Bernau. Während dem achtstägigen Aufenthalt in der Bundeschule des UGB war ein reichhaltiger Lehrplan zu bewältigen. Von früh bis spät wurden die Themen mit den Lehrern in Arbeitsgemeinschaften behandelt. Ist es doch heute besonders wichtig, als Funktionär des Verbandes mit der Gesetzeskunde vertraut zu sein. Seit Bestehen der Gewerkschaften war ein steter Aufstieg der Arbeiterschaft zu verzeichnen. Dieses war nur möglich durch die aufopferungsvolle Mitarbeit aller. In den kommenden Kämpfen um das Sein oder Nichtsein der Gewerkschaften ist ein festes Zusammenhalten innerhalb und zur Organisation besonders notwendig. Die Feinde der freien Gewerkschaften erstreben für die deutsche Arbeiterschaft die Zustände aus dem vielgepriesenen faschistischen Italien. Am dieses Ziel recht schnell zu erreichen, betreiben die Reaktionen aller Schattierungen den Volksentscheid zwecks Auflösung des Preussischen Landtags. Pflicht eines jeden ist es mitzuhelfen, diesen Schandstreich der Reaktion abzuwehren. Laßt euch nicht durch das Gefühl, sondern durch den Verstand leiten und lehnt jede Teilnahme an dem schwarzweißen Volksentscheid ab. Mit dem Appell: Schützt Euch und Eure Verbände gegen die Angriffe der Reaktion schloß Kamerad Köhlert seine Ausführungen. Nach Erledigung einiger örtlicher Angelegenheiten schloß der Vorsitzende die Versammlung.

Neumarkt i. Schl. Am 2. August fand unsere Mitgliederversammlung statt. Zum ersten Punkt hielt Gauleiter Kamerad Schmidt, Breslau, einen Vortrag über den Kampf unseres Verbandes im daniederliegenden Wirtschaftsleben. Die Arbeitslosigkeit ist erschreckend gestiegen, bis 75 % sind in unserm Gau die Kameraden diesem Zustand verfallen, und noch ist keine Aussicht, daß sich die Dinge zum Besseren wenden würden. Die Unternehmer hatten durch diese Ursache bei den Verhandlungen ganz bedeutende Trümpe in der Hand. Sineu kam noch, daß der Lohnabbau in andern Berufen ganz bedeutenden Umfang angenommen hatte. Demzufolge mußten wir leider einen zehnprozentigen Lohnabbau hinnehmen. Die Meinungen unter den Kameraden waren sehr geteilt. Das weitere Sinken des an sich schon tief daniederliegenden Wirtschaftslebens hat uns gezeigt, daß ein Lohnabbau durch tarifliche Begrenzung noch besser war, als ein Abbau durch die Unternehmer, der keine Grenzen gekannt hätte. Um aber vom Staat aus diese Zustände grundfänglich zu ändern, dazu gebrauchen wir die parlamentarische Macht, um gesetzliche Bestimmungen zu schaffen, die der Arbeitslosigkeit ein Ende bereiten. Zur Zeit verfügen wir über diese Macht nicht, zum größten Teil durch die Uneinigkeit der so schwer leidenden Arbeiterschaft. Ein Teil läuft den kommunistischen Schwadronen nach, der andere Teil läßt sich durch den Stahlhelm verblöden, wiederum andere Massen jagen den Sittlerverratern nach, die eine Rechtsdiktatur erstreben. Noch nie hat es eine Zeit gegeben, wo die eigene Arbeiterschaft unter sich so uneinig und verrannt war als in der gegenwärtigen. Hier muß erst zu einer gewissen Selbsterkenntnis geschritten werden, damit wir zu der Macht gelangen, die der arbeitenden Klasse zusteht. In der Diskussion ermahnte Kamerad Jöbel, Liegnitz, zur Einigkeit und Geschlossenheit. Im zweiten Punkt nahm die Versammlung die Ehrung zweier Jubilare vor. Es betraf die Kameraden Martin Göbel und Karl Kentsch. Beide sind ununterbrochen 25 Jahre Mitglieder unseres Verbandes. Gauleiter Kamerad Schmidt überreichte den beiden Jubilaren die vom Zentralvorstand gestifteten Diplome. Er gedachte in ehrenden Worten der Aufbauarbeit der Zahlstelle Neumarkt. Beide Kameraden haben heute die Genugtuung, für ihre geleistete Verbandsarbeit eine Zahlstelle zu sehen, die mit in den vordersten Reihen der modernen Arbeiterbewegung in Neumarkt steht. Besonders unser Kamerad Kentsch, als jahrzehntelanger Zahlstellenkassierer, fährt bei seinem Alter von schon 68 Jahren, Sonntag für Sonntag hinaus aufs Land, um die Mitglieder zu betreuen. Unsere Jungkameraden sollen sich an der geleisteten Verbandsarbeit der beiden Jubilare ein Beispiel nehmen. Unter Verbandsangelegenheiten wurden noch eine Reihe örtlicher Vorkommnisse erledigt. Nachdem der Vorsitzende noch den besonderen Wunsch ausgesprochen hatte, daß uns das Glück beschieden sein möchte, unsere beiden Jubilare noch recht lange in unserer Mitte zu sehen, wurde die gut verlaufene Versammlung geschlossen.

Dels i. Schl. Am 9. August fand unsere Mitgliederversammlung statt. Die Versammlung beschäftigte sich im ersten Punkt der Tagesordnung damit, wie es bei der großen Arbeitslosigkeit möglich ist, die Ausgaben unserer Lokalkasse aufzubringen. Dazu führte Gauleiter Kamerad Schmidt-Breslau aus, daß wir noch nicht abzusehen vermögen, wann die große Arbeitslosigkeit wesentlich abgemildert werden kann, und im Gesamtverbande schon

viele Zahlstellen an die Lösung dieser Frage herantreten mußten. Auch in der Zahlstelle Dels ist es an der Zeit, sich mit der Angelegenheit zu beschäftigen, da der Lokalkassenbestand ziemlich aufgebraucht ist. Eine Vorstandsbesprechung hatte sich bereits mit diesen Dingen beschäftigt und beschlossen, daß vom 15. August an für jede Erwerbslosenmarke von denjenigen Kameraden, die staatliche Erwerbslosenunterstützung, Krisen- oder Verbandsunterstützung beziehen, wöchentlich 5 % zu entrichten sind, ausgenommen hiervon sind diejenigen Mitglieder, die keine oder Wohlfahrtsunterstützung beziehen. Es wurde weiter berichtet, daß Vorsitzender und Schriftführer auf jede Verwaltungsentschädigung verzichten, der Kassierer hat ebenfalls 3 % von seiner Entschädigung abgegeben. Der Opfermut der von den Funktionären aufgebracht wird, wurde von den Kameraden in gebührender Weise anerkannt, und zum Ausdruck gebracht, daß sie auf die Unterstützung aller Kameraden bei Ausübung ihrer Funktionen rechnen können. In Verbandsangelegenheiten gab der Kassierer diejenigen Mitglieder bekannt, die längere Zeit im Rückstand sind, und ersuchte die Anwesenden, sich mit dafür einzusetzen, daß diese Krisenzeit unsere Mitgliederzahl nicht unnötig schwächt. Nachdem noch einige Ausführungen zum Wahltag des „Volksentscheids“ für Preußen gemacht waren, die dahin lauteten, daß kein Klassenbewußter Zimmerer diesen Aufzug unterstützen darf, schloß der Vorsitzende die Versammlung.

Baugewerbliches

Die Bautätigkeit in Sachsen im Monat Juni

Das Sächsische statistische Landesamt erstreckt seine Ermittlungen auch über die Bautätigkeit in den einzelnen Monaten. Nach diesen Ermittlungen wurden im Freistaat Sachsen im Monat Juni 812 Baugenehmigungen für Neubauten mit Wohnungen erteilt. Davon entfielen auf den Regierungsbezirk Leipzig 252, Chemnitz 143, Zwickau 133 und Bautzen 71. Diese Neubauten, die nur dem Wohnungsbau dienen, sollen insgesamt 2944 Wohnungen enthalten. Außerdem wurden 129 Baugenehmigungen für Um-, An- und Aufbauten mit insgesamt 238 Wohnungen erteilt. Von den genannten Baugenehmigungen wurden am Monatsende 324 Neubauten mit 1107 Wohnungen ausgeführt. Auch waren am Monatsende 129 Umbauten durchgeführt, durch die insgesamt 112 Wohnungen gewonnen wurden.

Die Zahl der Bauten ohne Wohnungen ist gegenüber den früheren Jahren sehr gering. Die genehmigten Neubauten betrugen für den ganzen Freistaat Sachsen im Monat Juni 260, von denen 251 wirtschaftlichen Zwecken dienen sollen. Verhältnismäßig hoch ist die Zahl der Um-, An- und Einbauten, die 261 beträgt. An den Nicht-Wohnungsbauten betrug der Abgang im Monat Juni 21, die insgesamt für wirtschaftliche Zwecke dienten. Der Abgang an Wohngebäuden betrug im Berichtsmontat 13 Häuser mit 24 Wohnungen. In der Berichtszeit war ein Zuwachs von insgesamt 1195 Wohnungen zu verzeichnen. Gegenüber dem gleichen Monat des Vorjahres bedeutet das eine Minderung von erstellten Wohnungen von insgesamt 500. Das Statistische Landesamt stellte auch fest, daß gegenüber dem Vorjahre in den ersten 6 Monaten dieses Jahres die Entwicklung der Bautätigkeit von 10 435 Baugenehmigungen auf 6971 zurückgegangen ist. Dazu kommt, daß größere Industriebauten überhaupt nicht erstellt werden und die Wohngebäude nur auf die einfachste Art ausgeführt werden. Durch diese geringe Bautätigkeit ist auch erklärlich, daß unsere Kameraden in starkem Maße darunter zu leiden haben, da die Reparaturarbeiten an Gebäuden und Gebäudeteilen von den Bauherren ebenfalls auf ein Minimum beschränkt sind.

Gewerkschaftliches

Bundesausschuß des UGB.

Am 10. August trat der Ausschuß des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes zu seiner 14. Sitzung zusammen, die vor allem der Vorbereitung des Gewerkschaftskongresses diente, der am 31. August in Frankfurt am Main seine Tagung beginnen wird.

In seinen einleitenden Ausführungen ging der Bundesvorsitzende Leipart von dem Ergebnis des preussischen Volksentscheids aus. Die rechtsradikalen Parteien, die zur Eroberung Preußens und damit Deutschlands in den Kampf gezogen seien, haben sich die erwartete und verdiente Niederlage geholt, deren Größe keine Schönfärberei in ihrer Presse verschleiern kann. Jetzt wird hoffentlich der hier und da aufgetretene Kleinmut überall verschwinden; denn das Ergebnis des Volksentscheids zeigt klar, daß der weitaus überwiegende Teil des Volkes sich zu der gegenwärtigen Staatsform bekennt. Die Entscheidung vom 9. August klärt die innerpolitische Situation und fordert entschiedenes Handeln. Die Gewerkschaften müssen erwarten, daß die verantwortlichen Stellen in Preußen wie im Reich jetzt endlich mit durchgreifender Energie die allgemein erwarteten Maßnahmen gegen die radikalen staats- und gesellschaftsverstörenden Elemente ergreifen. Die radikalen Parteien haben schon zu lange ihr frevelhaftes Spiel mit den Interessen des deutschen Volkes getrieben. Es ist höchste Zeit, daß diesem Unwesen mit Entschiedenheit Halt geboten wird.

Die Gewerkschaften sind überzeugt, daß die deutsche Arbeiterschaft aus dem gesinnungslosen Verhalten der Kommunistischen Partei die notwendige Lehre ziehen wird. Die große Masse der kommunistischen Anhänger ist am 9. August nicht zur Wahlurne gegangen. Sie haben sich dem Parteibefehl nicht gefügt. Diese Haltung der denkenden kommunistischen Arbeiter zeigt bereits die Entwicklung, die sich in den Reihen der Arbeiterschaft anbahnt. Es ist jetzt eine der wichtigsten Aufgaben für alle Gewerkschafter, ihre ganze Energie dafür einzu-

setzen, diese Entwicklung vorwärts zu treiben, den Arbeitern zu zeigen, wohin sie der blinde Radikalismus der Kommunistischen Partei führt, um endlich die Gesundung der deutschen Arbeiterbewegung zu erreichen und ihre Einheit wieder herzustellen.

Die Ausführungen Leiparts, oft vom lebhaften Beifall der Verbandsvertreter unterbrochen, fanden die einstimmige Zustimmung des Bundesausschusses.

Dann erstattete Leipart den Bericht über die Tätigkeit des Bundesvorstandes. Er schilderte die zur Behebung und Milderung der gegenwärtigen wirtschaftlichen Notlage erhobenen Forderungen und eingeleiteten Schritte. Insbesondere protestierte er dagegen, daß die Reichsregierung vor den wichtigen wirtschaftlichen Entscheidungen, die sie in den letzten Wochen zu treffen hatte, die Gewerkschaften nicht zu Rate gezogen habe, während die Unternehmer und ihre Organisationen ständig in Fühlung mit dem Kabinett gestanden hätten. Es liege in der Linie dieser einseitigen politischen Stellungnahme, daß die Reichsregierung zwar das Geld für die Sanierung der Großbanken hergegeben, aber keineswegs dafür gesorgt habe, dem Reich entsprechenden Einfluß zu sichern. Schon jetzt zeige sich, daß da und dort nicht in zureichendem Maße für die Sicherheit der Lohnzahlungen gesorgt worden ist. Die Gewerkschaften halten sich durch besondere Erhebungen hierüber auf dem laufenden und werden weiter mit größter Entschiedenheit dafür sorgen, daß die Existenzsicherheit der heute noch arbeitenden werktätigen Bevölkerung nicht gefährdet wird.

Im besonderen ging Leipart dann auf die vom Bundesvorstand eingenommene Haltung in der Frage der Lehrlingsordnung ein. Bei ihrem Abschluß ist dringend zu beachten, daß durch die in ihnen enthaltenen Regelungen die gleichberechtigte Mitwirkung der Gewerkschaften in allen Lehrlingsfragen gewahrt bleibt.

Anschließend berichtete der Vorsitzende des Sachausschusses für die Gewerkschaftspresse, Scheffler, über die Entwicklung der Gewerkschaftspresse, über ihre Ausgestaltung zu Familienblättern, die nicht nur von den Mitgliedern, sondern auch von ihren Angehörigen mit Interesse gelesen werden, sowie über Neuerungen in der äußeren Aufmachung und im Versand der Blätter. Die Gewerkschaftspresse erreicht einen so weiten Leserkreis, wie kein anderer Zweig der deutschen Presse. Trotzdem wird sie heute noch keineswegs in ihrer Bedeutung gewürdigt, insbesondere wird sie noch von manchen behördlichen Stellen bei Besprechungen und bei der Erteilung von Informationen entweder ausgeschaltet oder ungenügend berücksichtigt. Der Sachausschuß wird nach wie vor bemüht sein, diese mangelnde Berücksichtigung zu beheben.

Der Bundesausschuß beschäftigte sich weiterhin mit der Frage des freiwilligen Arbeitsdienstes. Infolge der Bedeutungslosigkeit dieser Maßnahme wurde von einer besonderen Beschlussfassung Abstand genommen. Der Entwicklung der Dinge wird aber besondere Aufmerksamkeit gewidmet werden, um zu verhindern, daß sich durch den freiwilligen Arbeitsdienst schädliche Wirkungen für die Lage der Arbeiterschaft ergeben.

Zum Gewerkschaftskongreß teilt Leipart mit, daß der Bundesvorstand beschlossene hat, den Kongreß zu einer reinen Arbeitstagung zu gestalten und alle Veranstaltungsfestlichkeiten der Art, wie sie sonst Kongressen zu belegen pflegen, zu unterlassen. Der Ernst der Zeit erfordert es, dem Gewerkschaftskongreß dieses Gepräge zu geben. An einem Tage wird der Kongreß eine öffentliche Tagung in Mainz abhalten.

Die zum Kongreß geladenen Referenten haben dem Bundesvorstand Entwürfe für Entschließungen zu den verschiedenen Punkten der Tagesordnung unterbreitet. Die Entwürfe liegen dem Bundesausschuß vor. Mit ihrer weiteren Bearbeitung in Gemeinschaft mit den Referenten wird der Bundesvorstand beauftragt. Die Verbände werden Vorschläge zur Abänderung der Entwürfe schriftlich einreichen.

Die Flüssigkeit der Arbeiterbank

Die Schwierigkeiten der Finanzinstitute sind überstanden. Sowohl die Banken als auch die Sparkassen haben wieder ihre Schalter geöffnet und zahlen voll aus. Die Arbeiterbank kann aus diesem Bankentkriß ruhmbekannt hervorgehen. Sie hat am Tage des Banksturms, am 13. Juli, voll ausgezahlt, und wäre auch fernerhin ihren Verpflichtungen nachgekommen, wenn sie durch die Notverordnung nicht daran gehindert gewesen wäre. In einer Konferenz der Berliner Gewerkschaftsfunktionäre führte kürzlich der Direktor der Arbeiterbank, Dr. Bachem, aus, daß die Arbeiterbank nach wie vor ihre Gelder so angelegt habe, daß sie zum größten Teil sofort greifbar seien. Die Schwierigkeiten der Privatbanken läge daran, daß diese so außergewöhnlich große Kredite kurzfristig aus dem Ausland heringewonnen hätten. Die Arbeiterbank sei niemals in die Verlegenheit gekommen, vom Ausland Geld borgen zu müssen. Es liegt in der Natur der Arbeiterbank, daß sie stets auf die höchste Liquidation sehen müsse. Deshalb sei es auch kein Zufall gewesen, daß sie am 13. Juli voll auszahlen konnte.

Ausländische Arbeiter in Frankreich

Von der scharfen Wirtschaftskrise, die in allen Ländern herrscht, ist Frankreich so ziemlich verschont geblieben. Die Zahl der Arbeitslosen beträgt rund 40 000. Der französische Arbeiter wird von der Arbeitslosigkeit fast gar nicht betroffen, sondern diese wird fast vollständig auf die ausländischen Arbeiter abgewälzt. In Frankreich gibt es etwa 8 Millionen Industriearbeiter. Da in Frankreich 2,5 Millionen Ausländer beschäftigt werden, kann man ungefähr annehmen, daß rund 25 % der Industriearbeiter Ausländer sind. Nach einer früheren Zählung setzen sich diese aus 760 000 Italienern, 330 000 Belgiern, 320 000 Spaniern, 310 000 Polen, 70 000 Reichsdeutschen und außerdem aus Tschechen, Oesterreichern usw. zusammen. Die ausländischen Arbeiter genießen nicht den Schutz wie die einheimischen. Für deutsche und österreichische Staatsangehörige besteht in Frankreich noch der Bismarckzwang,

so daß die Einwanderung von Arbeitern aus diesen Ländern erschwert ist. Jeder Ausländer, der Arbeit sucht, muß im Besitze einer Identitätskarte sein. Für diese ist eine Gebühr von 100 Frank zu entrichten. Der in Frankreich einreisende Arbeiter muß sich an der Grenze vom Vertrauensarzt des französischen Konsulats untersuchen lassen. Es ist nicht rasch, bei den gegenwärtigen französischen Arbeitsverhältnissen nach Frankreich zwecks Arbeitsaufnahme einzureisen. Frankreich hat mit verschiedenen Staaten Wanderungsverträge geschlossen, die einen gewissen Schutz durch die französische Sozialgesetzgebung gewährleisten. Mit Deutschland wurden solche Verträge nicht geschlossen.

Wirtschaftspolitisches

Das westdeutsche Industriegebiet in der deutschen Wirtschaft

Die Industrialisierung Deutschlands kommt nirgends so packend zum Ausdruck als im rheinisch-westfälischen Industriebezirk. Von den im Deutschen Reich im Jahre 1929 zur Industrieabgabe veranlagten 208 751 Betrieben mit rund 49 Milliarden Mark Betriebsvermögen, entfallen auf dieses Gebiet 42 072 Betriebe mit 10,6 Milliarden Mark Betriebsvermögen oder 20,3 % aller deutschen Betriebe und 22,1 % des Vermögens dieser Betriebe. Die Bevölkerung des rheinisch-westfälischen Wirtschaftsgebiets macht nur 19,6 % der gesamten deutschen Bevölkerung aus. Während auf je 100 000 Einwohner in Deutschland 332 Betriebe mit 76,9 Millionen Mark Betriebsvermögen entfallen, sind es im Rheinland und Westfalen 344 Betriebe mit 86,8 Millionen. 76 % der Betriebe im Industriebezirk haben ein Vermögen von 20 000 bis 100 000 M., aber ihr Gesamtvermögen macht nur 12 % von dem gesamten Betriebsvermögen aus. In der Gruppe von 500 000 bis 5 Millionen Mark befinden sich 5 % der Betriebe mit 27 % des Betriebsvermögens. Über 5 Millionen Mark Betriebsvermögen haben nur 1 % der Betriebe, die aber nicht weniger als 46 % des gesamten rheinischen Betriebsvermögens umfassen. Nach Rechtsformen geordnet ergibt sich folgendes Bild: von den 42 072 Betrieben sind 1559 Aktiengesellschaften, 4262 G. m. b. H., 34 310 Personalarbeitnehmungen und 1941 Genossenschaften. Die Aktiengesellschaften machen nur 3,7 % der Betriebe aus, weisen aber ein Vermögen von 4895 Millionen Mark oder 46,1 % des gesamten rheinisch-westfälischen Betriebsvermögens auf. Die G. m. b. H. umfassen 10,1 % der Betriebe, 11,5 % des Betriebsvermögens. Fast ein Fünftel, nämlich 19,7 % der sämtlichen deutschen Industriebetriebe und fast ein Viertel (24,9 %) ihres Vermögens entfallen auf die Provinzen Rheinland und Westfalen. Die industriellen Betriebe dieser Provinzen stellen sich auf 18 612 mit einem Betriebsvermögen von rund 8 Milliarden Mark. Das sind 44,2 % der Betriebe und 75,1 % des Betriebsvermögens der rheinisch-westfälischen Gesamtwirtschaft. Man ersieht hieraus, daß wir es hier mit einem hochindustriellen Wirtschaftsgebiet zu tun haben, wie es in der gleichen Mächtigkeit nur wenige in der Welt gibt. Unter der industriellen Produktion steht naturgemäß der Bergbau und die Eisen- und Metallindustrie oben. Aber auch die Kleinteilenindustrie, die Maschinenindustrie, die Textilindustrie, die chemische Industrie, die Nahrungs- und Genussmittelindustrie, der Warenhandel, die Schifffahrt, das Verfehrsgewerbe und die Banken sind in Rheinland und Westfalen stärker vertreten als in den übrigen Gebieten Deutschlands von dieser Größe. Ein riesiges Arbeiterheer ist dort zusammengeballt, wo ein Wald von Schloten gen Himmel ragt, die Erde von Titanentrüffeln erschüttert wird, wo unter der Erdoberfläche sich ein Netz von Straßen und Stollen meilenweit erstreckt und mächtige Feuerberge den Himmel röten. Hier treten auch die Gegensätze zwischen Kapital und Arbeit am schärfsten zutage. Dies ist allerdings kein Wunder.

Stückgeldumlauf und Bevölkerungszahl

Der Geldumlauf weicht in den einzelnen Ländern sehr voneinander ab. Dies liegt an der Struktur derselben, ob in dem betreffenden Land der bargeldlose Verkehr sich auf einer hohen Stufe befindet oder an andern Gründen. Der Geldumlauf der einzelnen Länder auf Mark umgerechnet und je Kopf der Bevölkerung ergibt eine Spanne von mehr als 2000 %: In Albanien ist eine Summe von 12 M., in Litauen 18, der Tschechoslowakei 62, Oesterreich 92, Deutschland 93, Schweden 104, den Vereinigten Staaten 165, Großbritannien 206, Holland 215, der Schweiz 251 und in Frankreich von 262 M. im Umlauf. Die übrigen Länder bewegen sich zwischen diesen Ziffern. Gering ist der Stückgeldumlauf in den Ländern, wo die bäuerliche Landwirtschaft überwiegt. In den angelsächsischen und deutschen Ländern ist der bargeldlose Verkehr sehr weit ausgebildet. Wie grundlos das Gerücht von einer deutschen Inflation war, ersieht man daraus, daß der deutsche Zahlungsmittelumlauf nicht halb so stark ist, wie in den hochinflationären Ländern.

Arbeiterversicherung und Gesundheitspflege

Ortskrankenkassen in der Krise

Während am 1. Januar 1930 der durchschnittliche Beitragssatz bei den Ortskrankenkassen etwa 6 1/2 % betrug, ist er bis zum 31. Dezember bis unter 6 % rund um 10 % gesunken. Eine weitere Beitragsermäßigung ist auf Grund der Notverordnungen für diejenigen Kassenmitglieder eingetreten, die während der Krankheit Arbeitsentgelt erhalten. Diese Ermäßigung beträgt im Durchschnitt 12 %. Die ermäßigten Sätze lagen am 31. Dezember um 21 % unter dem Durchschnittsbeitragssatz vom 1. Januar 1930. Im die Verringerung der Beiträge zu ermöglichen, sind durch die Notverordnungen auch weitgehende Leistungseinschränkungen verfügt worden. Soweit trotzdem noch den Kassen die Möglichkeit zu satzungsmäßigen Mehrleistungen geblieben ist, konnten diese bis

zum Ende des Jahres in der Mehrzahl der Fälle aufrecht erhalten bleiben. Abgesehen von denjenigen Mehrleistungen, die als Ersatz für fortgefallene Leistungen zu gelten haben, wie zum Beispiel Familienzuschläge zum Krankengeld an Stelle allgemein erhöhten Krankengeldes, wurde, wie im folgenden noch eingehender erörtert, eine Zunahme festgestellt: Bei der Genesendensfürsorge, bei den Maßnahmen zur Verhütung von Erkrankungen und bei der Gewährung von Krankentrost, also bei denjenigen Mehrleistungen, die einmal der Vorbeugung und zum andern einer möglichst intensiven Krankenbehandlung unter besonderer Berücksichtigung natürlicher Heilmittel dienen.

Die Eigenbetriebe der Krankenkassen und Kassenverbände: 11 Krankenhäuser, 4 Lungenheilstätten, 21 Kurheime, 126 Genesungs- und Erholungsheime, 8 Tageserholungsstätten, 13 Kinderheime, 142 Zahnkliniken, 191 Badeanstalten, 125 Röntgen- und Lichtbehandlungsinstitute — haben auch im Berichtsjahr ihre Aufgaben zur Zufriedenheit der Versicherten erfüllt. Die an der Statistik des Hauptverbandes Deutscher Krankenkassen beteiligten Kassen weisen einen Gesamtetat von über 1 Milliarde Mark aus. Die Reineinnahmen der Berichtskassen betrugen je Mitglied 93,55 M., gegenüber dem Vorjahr sind sie um etwa 6 % gesunken. Von den Ausgaben ist das Krankengeld (um etwa 24 %) am stärksten gesunken. Hierin kommt neben den Auswirkungen der Notverordnung das Sinken der Löhne deutlich zum Ausdruck. Die Arznei- und Heilmittelfürsorge haben sich infolge der Zuzahlung der Versicherten um über 10 % vermindert.

Die Mitgliederzahl der Berichtskassen hat sich vom 1. Januar bis 31. Dezember 1930 um 2 % vermindert, bei den Versicherungspflichtigen sogar um 4 %. In diesen Zahlen kommt die Wirtschaftskrise, insbesondere die Zunahme der ausgesteuerten Arbeitslosen, die nicht mehr krankensicherungsbedürftig sind, zum Ausdruck. Im Gegensatz zu der Zahl der Versicherungspflichtigen ist die der Versicherungsberechtigten gestiegen, und zwar bei den männlichen Mitgliedern um 17 %, bei den weiblichen Mitgliedern um fast 6 %. Da die unterstützten Arbeitslosen pflichtversichert sind, und da ausgesteuerte Arbeitslose und Invalide wohl kaum die nötigen Mittel zur freiwilligen Versicherung besitzen, auch meist durch Wohlfahrtsämter freie Arztbehandlung und Arzneimittelversorgung erhalten, ist anzunehmen, daß es sich bei den neu hinzugekommenen Versicherungsberechtigten in der Hauptsache um Angestellte handelt, die wegen Gehaltserhöhungen aus der Versicherungspflicht und um Frauen, die wegen Heirat aus dem Berufsleben ausgeschieden sind. Die verhältnismäßige Zunahme der Versicherungsberechtigten läßt sonst darauf schließen, daß in immer weiteren Bevölkerungsteilen sich die Erkenntnis vom Vorteil des Versicherungsschutzes auch für Menschen in verhältnismäßig guter Wirtschaftslage ausbreitet.

Pflichtarbeit im Arbeitsamt

Sehr oft wurde schon Klage darüber geführt, daß Arbeitsämter laufende Dienstaufgaben im Arbeitsamt als Pflichtarbeit den Arbeitslosen auferlegen. Die Arbeitnehmer-Verwaltungsratsmitglieder bei der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung haben auf Grund der bei ihnen eingelaufenen Beschwerden die Angelegenheit im Ausschuß selbst vorgebracht. Nun hat der Präsident der Reichsanstalt den Landesarbeitsämtern und Arbeitsämtern in einem Schreiben zur Abstellung der angeführten Mängel folgendes mitgeteilt:

„Die Frage der Pflichtarbeit im Dienste des Arbeitsamts ist schon wiederholt mit den Landesarbeitsämtern besprochen worden. Ich hatte dabei stets zum Ausdruck gebracht, daß bei Durchführung von solchen Pflichtarbeiten streng im Sinne des Gesetzes verfahren werden müsse. Insbesondere hatte ich darauf hingewiesen, daß danach zur Erledigung laufender Dienstaufgaben eine Anordnung von Pflichtarbeit unzulässig sei. Anschließend werden jedoch auch jetzt noch bei einigen Arbeitsämtern die gesetzlichen Bestimmungen in einer Weise ausgelegt, die nicht vertretbar erscheint. Ich habe bisher in Einzelfällen, die Anlaß zu Beschwerden gegeben hatten, entsprechende Anweisungen erlassen. Da nun auch bei den Haushaltsbefragungen aus dem Kreise der Verwaltungsratsmitglieder wiederum erhebliche Klagen laut geworden sind, mache ich die Vorsitzenden der Arbeitsämter ausdrücklich darauf aufmerksam, daß es Ihnen untersagt ist, Pflichtarbeit zur Erledigung laufender Dienstgeschäfte im Arbeitsamt anzuordnen.“

Rechte und Pflichten der Krankenkassenvorstände?

Gemäß § 5 der Versicherungsordnung hat bekanntlich jeder Versicherungsträger (Krankenkassen für die Krankenversicherung) einen Vorstand. Dieser Vorstand hat den Versicherungsträger gerichtlich und außergerichtlich zu vertreten, mithin die Befugnis eines gesetzlichen Vertreters. Die Kassensatzung einer Krankenkasse kann auch bestimmen, daß einzelne Kassenvorstandsmitglieder den Versicherungsträger vertreten können. Ebenso können auch Vertretungsbefugnisse, die sich nicht aus dem Gesetz ergeben, in der Kassensatzung festgelegt werden. Die Wahl des Krankenkassenvorstandes muß durch einen Krankenkassenausschuß erfolgen, und ist das Ergebnis jeder Wahl und jede Aenderung der Zusammensetzung der zuständigen Aufsichtsbehörde (Versicherungsämtern) binnen einer Woche mitzuteilen. Ist für den Vorstand einer Krankenkasse ein Ausweis über die Zusammensetzung und den Umfang seiner Vertretungsbefugnisse erforderlich, so ist dieses von der Aufsichtsbehörde auszufertigen.

Nun ist gemäß § 8 der Reichsversicherungsordnung dem Vorsitzenden des Vorstandes einer Krankenkasse eine besondere Pflicht auferlegt, die leider oft nicht in genügender Weise von diesem beachtet wird. Es soll nämlich hiernach der Vorsitzende des Vorstandes die Beschlüsse der Organe des Versicherungsträgers (Vorstände und Ausschüsse der Krankenkassen), soweit diese gegen Gesetz und Krankenkassensatzung verstoßen, durch Beschwerde an die zuständige Aufsichtsbehörde beanstanden. Diese Aufgabe ist natürlich nicht leicht, weil nämlich die Rechtsauffassungen in den einzelnen Kassensatzungen sehr verschieden sind, und ferner die sozialpolitische Rechtsprechung leider hierin auch nicht konstant, sondern oft schwankend ist. Der Vorsitzende einer Krankenkasse kommt somit sehr häufig

in „Gewissenskonflikte“, wenn nicht sogar mit seinen Vorstandscollegen oder der zuständigen Aufsichtsbehörde in Differenzen, die letzten Endes zur „Ermüdung oder Verärgerung“ eines so wichtigen Ehrenamtes führen. Es ist mithin im Interesse des Vorstandes und des Krankenkassenausschusses, die doch zu zwei Dritteln aus Arbeitnehmern und ein Drittel Arbeitgebern zusammengesetzt sind, dringend erforderlich, daß wichtige Beschlüsse vorerst einmal ordnungsgemäß nach der festzusetzenden Tagesordnung durchgeführt und ferner das Abstimmungsverhältnis in dem zu führenden Krankenkassenprotokoll genau niedergeschrieben wird. Erfolgt dann doch einmal von irgendeiner Seite bei der Aufsichtsbehörde eine Anzeige wegen Nichtbeachtung des Gesetzes oder der Krankenkassensatzung, so ist der Kassenvorstand meistens gerechtfertigt, sofern in der vorerwähnten Weise die Geschäftsführung wirklich so gehandhabt worden ist. Man soll nicht verkennen, daß auch Ehrenämter für sozialpolitische Einrichtungen, wozu bekanntlich die Krankenkassen gehören, ordnungsgemäß verwaltet werden müssen, noch dazu, wo die Arbeitnehmererschaft infolge der Zweidrittelbeitragspflicht stets den Ausschlag bei Abstimmungen zu geben in der Lage ist.

Hier hinzu kommt nun noch besonders, daß in den §§ 25, 26 u. ff. der Reichsversicherungsordnung vorgelesen ist, daß die Krankenkassenmittel nur für die gesetzlich vorgeschriebenen oder zugelassenen Zwecke verwendet werden dürfen, die Einnahmen und Ausgaben gesondert zu verrechnen sind und die Bestände vermehrt werden müssen. Des weiteren ist das Krankenkassenvermögen vom Vorstände verzinssch und wertbeständig anzulegen, worauf besonders geachtet werden soll, da die Aufsichtsbehörde gemäß des § 26, Abs. 1, Nr. 11, 12 und Abs. 2 der Reichsversicherungsordnung (also in einigen Fällen von Vermögensanlagen) die Genehmigung erteilen muß. Ebenso hatten bisher die Aufsichtsbehörden gemäß der §§ 27 d und 27 e die Genehmigung zur Erwerbung von Grundstücken und zur Errichtung von Gebäuden der Krankenkassen zu erteilen, die infolge der Notverordnung vom 26. Juli 1930 dem Reichsversicherungsamt übertragen worden ist, was beachtet werden muß. Trotz dieser und anderer Selbstverwaltungseinschränkungen muß aber durch die Krankenkassenvorstände das Bestreben dahingehen, die Krankenkassen und deren Einrichtungen stets weiter in Ordnung zu halten, damit nicht den Aufsichtsbehörden unnötigerweise Gelegenheit gegeben wird, einschreiten zu müssen. Das Aufsichtsrecht der Aufsichtsbehörden soll sich nur darauf erstrecken, daß Gesetz und Kassensatzung so beachtet werden, wie es der Zweck der Versicherung erfordert. Sie hat allerdings ferner darauf zu achten, daß eine ordnungsgemäße Geschäfts- und Rechnungsführung erfolgt und daß die Kassensatzung (Vorstand und Ausschuß) zu den erforderlichen Sitzungen einberufen werden, um die in der Reichsversicherungsordnung und den Kassensatzungen vorgeordneten Aufgaben erledigen zu können. Ebenso unterstehen auch weiter der Aufsicht der Aufsichtsbehörden die von den Versicherungsträgern errichteten oder zu unterhaltenden Genesungsheime, Heil- und Pflegeanstalten und sonstigen Berufsfürsorgeeinrichtungen. Auch hier gilt es für den Vorstand wie für die Ausschussorgane, für die Zukunft noch mehr als bisher für geordnete bisherige Verhältnisse Sorge zu tragen, damit das ureigenste Recht der Selbstverwaltung in den Krankenkassen nicht noch weiter angegriffen, sondern vielmehr vollauf im Interesse der versicherten Arbeitnehmer erhalten werden kann. R. W.

Arbeitsrechtliches

Betriebsvertretung und Verletzung der Schweigepflicht

Das Reichsarbeitsgericht hatte über die Frage zu entscheiden, ob die Verletzung der Schweigepflicht eines Betriebsratsmitgliedes ein Grund zur fristlosen Entlassung nach § 123 der Gewerbeordnung ist. Die höchste Instanz fällt darüber folgendes Urteil:

Verletzung der Schweigepflicht ist nach § 123 G. O. kein Grund zur fristlosen Entlassung eines dem Betriebsrat angehörenden gewerblichen Arbeiters.

Aus den Entscheidungsgründen des Urteils des Reichsarbeitsgerichts vom 14. Februar 1931 — RAG. 542, 1930, ist folgendes bemerkenswert: Die Geschäftsleitung der beklagten Firma hatte in einer Betriebsratsverhandlung vom 5. Mai 1930 die Namen der Monteure und Helfer mitgeteilt, die am 8. Mai 1930 entlassen werden sollten. Sie behauptet, daß der Kläger, Mitglied des Betriebsrats, diese Namen am 6. Mai den bauleitenden Monteuren mitgeteilt habe. Durch diese Mitteilung sei die Gefahr eingetreten, die die Geschäftsleitung gerade habe vermeiden wollen, daß nämlich die zu entlassenen Leute passiv Resignation treiben würden. Die Pflichtverletzung des Klägers enthalte auch eine Verletzung seiner vertraglichen Dienstpflicht. Sie habe deshalb ein Recht, ihn fristlos zu entlassen.

Das Berufungsgericht führt aus, daß allerdings das Betriebsrätegesetz den Betriebsratsmitgliedern in bestimmten Fällen eine Verpflichtung zur Verschwiegenheit auferlege und ihre Verletzung sogar unter Strafe stelle. In der Verletzung dieser Pflicht könne vorliegend auch infolged eine Vertragsverletzung gefunden werden, als der Kläger sich bei früheren Verhandlungen der Geschäftsleitung gegenüber ausdrücklich verpflichtet habe, die ihm in seiner Eigenschaft als Betriebsratsmitglied mitgeteilte Absicht, bestimmte Arbeitnehmer zu entlassen, den Betreffenden nicht vor Auspruch der Kündigung mitzuteilen. Das Berufungsgericht meint aber weiter, daß eine solche Vertragsverletzung den Arbeitgeber gleichwohl nicht zur fristlosen Aufhebung des Arbeitsvertrages berechtige, da eine solche bei einem Arbeiter lediglich aus den in § 123 der G. O. angegebenen Gründen zulässig sei.

Dieser Auffassung ist zuzustimmen. Wie das Reichsarbeitsgericht schon in einer früheren Entscheidung (RAG. Bd. 2 S. 247) ausführte, ist eine fristlose Auf-

hebung des Arbeitsverhältnisses sowohl von Seiten des Arbeitgebers als auch des Arbeitnehmers im Regelfalle gesetzlich nur zulässig, wenn die in den §§ 123, 124 G.D. aufgeführten, hier nicht in Betracht kommenden besonderen Gründe vorliegen. Dieser Regelung liegt der Gedanke zugrunde, daß es den Beteiligten im allgemeinen zugemutet werden kann, bis zur normalen Lösung des Arbeitsverhältnisses durchzuhalten, da das Arbeitsverhältnis gewerblicher Arbeiter meistens unter Einhaltung kürzerer Kündigungsfristen lösbar ist. Nur für den Fall, daß das Arbeitsverhältnis auf mindestens 4 Wochen vereinbart oder eine längere als 14tägige Kündigungsfrist festgesetzt ist, soll nach der Ausnahmebestimmung des § 124a G.D. jeder Teil die vorzeitige Lösung aus wichtigen Gründen verlangen können. Von diesem Grundgedanken aus erscheint eine entsprechende Anwendung des § 124a G.D. auf Betriebsratsmitglieder, auch wenn ihr Arbeitsverhältnis einer kürzeren als 14tägigen Kündigungsfrist unterliegt, weder geboten noch im Sinne und Zwecke des Gesetzes liegend. Denn der Arbeitgeber ist in der Lage, ihnen in gleicher Weise zu kündigen wie den übrigen gewerblichen Arbeitern; nur ist sein Kündigungsrecht allgemein eingeschränkt, indem es, soweit nicht die Fälle des § 123 G.D. gegeben sind, von der Zustimmung des Betriebsrats abhängig gemacht werden kann.

An dieser Rechtsprechung, so betont das Reichsarbeitsgericht, ist festzuhalten. Da die beklagte Arbeitgeberin sich hier nicht auf das Recht aus § 96 des Betriebsratsgesetzes berufen hat, mit Zustimmung des Betriebsrats zu kündigen, sondern die Klage nur auf ein Recht zur fristlosen Entlassung aus wichtigen Gründen gestützt hat, und da ihr ein solches Recht nach § 123 G.D. nicht zusteht, hat das Berufungsgericht also die Entlassung mit Recht für unwirksam erachtet.

Politische Wochenchau

Reichskanzler Dr. Brüning berichtet im Reichsrat — Das Hoover-Feierjahr der Reparationen — Verhandlungen über Abänderung der Notverordnung vom 5. Juni — Der französische Ministerbesuch verschoben — Faschistischer Terror — Franzens Nachfolger wird gewählt.

In den vereinigten Ausschüssen des Reichsrates, die nach der Sommerpause ihre Beratungen wieder aufgenommen haben, gab Reichskanzler Dr. Brüning einen vertraulichen Bericht über die jüngsten finanz- und wirtschaftspolitischen Maßnahmen der Reichsregierung. An der Sitzung, die von den Vertretern der Länder fast vollständig besucht war, nahmen auch einige Reichsminister sowie der preussische Finanzminister teil. Der Reichskanzler wies im Verlaufe seiner Darlegungen auf den außerordentlichen Ernst der Lage, in der sich Deutschland auf Grund der letzten Ereignisse befindet, hin. Es ist unter allen Umständen notwendig, die unsinnigen Bestrebungen der radikalen Parteien auf völliges Zerstören unseres Wirtschaftslebens zu unterdrücken. Auf seinen Auslandsreisen wurde ihm immer wieder gesagt, daß das Vertrauen zu Deutschland nur gestärkt werden kann, wenn einmütig alle Kreise des deutschen Volkes sich dafür einsetzen, eine innere Gesundung herbeizuführen. Die ausländischen Kreditgeber werden uns solange die Gelder vorenthalten, bis sie die sichere Gewähr haben, daß wir auch befreit sind, die Verpflichtungen gegenüber dem Ausland zu erfüllen. Reichskanzler Dr. Brüning kündete bei dieser Gelegenheit auch an, daß neue Notverordnungen über ein umfassendes wirtschaftspolitisches Programm, das für die kommende Zeit richtunggebend für die Wirtschaftsführung in Deutschland sein soll, in Aussicht gestellt sind. Auf Grund der Vertraulichkeit der Sitzung sind nähere Einzelheiten über die geplanten Maßnahmen der Reichsregierung bis jetzt noch nicht bekannt geworden. Die geplanten Notverordnungen werden von einer Sachverständigenkommission durchberaten und es ist in etwa 14 Tagen damit zu rechnen, daß die Notverordnungen erlassen werden.

Die Verhandlungen des Sachverständigenkomitees über die praktische Durchführung des Hooverplanes sind durch Unterzeichnung eines Berichts und eines Protokolls abgeschlossen worden. Die Unterzeichnung erfolgte durch alle an dem Hooverplan interessierten Länder mit Ausnahme von Jugoslawien. Das praktische Ergebnis der Vereinbarung ist eine Entlastung Deutschlands während des Hooverjahres von 1.593.676.276 M. Dieser Betrag wird bis zum 1. Juli 1933 aufgeschoben und erst von diesem Zeitpunkt ab in zehn gleichmäßigen Jahresraten unter Zugrundelegung eines Zinssatzes von 3% zurückgezahlt. Während des Hooverjahres werden nur unverändert weiterbezahlt insgesamt 200 Millionen Mark auf Grund verschiedener Verpflichtungen; unter anderm ist auch das deutsch-belgische Marktabkommen darin enthalten. Die von der deutschen Regierung allgemein zum Ausdruck gebrachte Auffassung, daß sie zu der Frage, welche Zahlungen künftig geleistet werden können, nicht Stellung nehmen könne, wurde gutgeheißen, da die Frage der Zahlungsfähigkeit nicht zur Zuständigkeit des Sachverständigenkomitees über das Hooverfeierjahr gehört. Die Erörterung dieser Frage blieb also späteren Verhandlungen, wo allgemein die Reparationsfrage aufgerollt werden wird und muß, offen.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hatte auf ihrer letzten Sitzung eine wesentliche Abänderung der Notverordnung vom 5. Juni 1931 für notwendig erklärt und auch vor ihrer damaligen politischen Entscheidung die Zusage des Reichskanzlers für entsprechende Abänderungen erhalten. Im Juli war die erste Fühlungnahme mit der Reichsregierung erfolgt, jedoch konnten die beab-

Statistische Erhebungen im Verbandsgebiet

Verbandskameraden! Im gesamten Reiche finden in allen Zahlstellen unseres Verbandes

in der Woche vom 24. bis 29. August

statistische Erhebungen über die Zahl der beschäftigten Lehrlinge, Gesellen und Poliere, deren Organisationsverhältnisse, Stundenlöhne und Arbeitszeit statt. Die hohe Bedeutung dieser statistischen Erhebungen für den Verband ist allen Verbandsmitgliedern bekannt. Sie wird größer, je gewissenhafter und gründlicher die Erhebungen durchgeführt werden und wenn alles getan wird, auch den letzten Lehrling, Gesellen und Polier zu ermitteln.

Mit diesen Erhebungen soll eine intensive Werbetätigkeit zur Gewinnung der uns Fernstehenden einsetzen. Die Durchführung der Erhebungen und die Werbetätigkeit auf den Arbeitsstellen ist gemeinsame Aufgabe der Zahlstellenvorstände und der Platz- und Baudelegierten.

Alle Verbandsmitglieder werden darum aufgefordert, auf den Arbeitsstellen sofort Vorbereitungen zur glatten Durchführung dieser Erhebungen und der Werbetätigkeit zu treffen. Wo die Platzdelegierten noch kein Material für diese Erhebungen vom Zahlstellenvorstand erhalten haben, muß es unverzüglich beim Zahlstellenvorstand angefordert werden.

In der Woche vom 24. bis 29. August muß sich jeder Kamerad selbst überzeugen, ob er von der Erhebung erfaßt wurde.

Jedes Verbandsmitglied sei Verbandsfunktionär.

Je mehr Kameraden sich an der Verbandsarbeit beteiligen, um so größer ist der Erfolg.

sichtigten Verhandlungen infolge der inzwischen eingetretenen katastrophalen Geld- und Kreditkrise nicht sofort geführt werden. Jetzt sind die erforderlichen Besprechungen mit den zuständigen Ressorts aufgenommen worden. Das Ziel der Sozialdemokratie ist die Wiederherstellung des Tarifrechts für die öffentlichen Arbeitnehmer, die Beseitigung der Härten in der Arbeitslosenversicherung und der Krisenfürsorge, die Abänderung der Bestimmungen im Versorgungswesen für die Kriegsbeschädigten, die Beseitigung der Ungerechtigkeiten in der Staffellage der Gehaltskürzungen für Beamte und der Umbau der Krisensteuer.

Bei dem deutschen Ministerbesuch in Paris, wo über die allgemeine Wirtschaftslage und im besonderen über die schwierigen Verhältnisse in Deutschland eingehend mit den französischen Ministern gesprochen wurde, hat Reichskanzler Dr. Brüning auch die französischen Minister zu einem Gegenbesuch nach Berlin eingeladen. Die Reise des französischen Ministerpräsidenten Laval und des Außenministers Briand nach Berlin ist durch die plötzliche Erkrankung Briands auf unbestimmte Zeit hinausgeschoben worden. Der französische Ministerbesuch wird deshalb erst nach der Herbsttagung des Völkerbundes stattfinden.

Im ganzen Reich verstärkt sich von Tag zu Tag der faschistische Terror. Nach italienischem Muster sind die Faschisten bereits dazu übergegangen, ganze Stadtviertel zu überfallen. In Jhehoe, einer Hochburg der faschistischen Barden, wurde anlässlich einer sozialdemokratischen Versammlung die ganze Stadt von auswärtigen SA-Kolonnen überschwemmt und belagert. Nach Schluß der Versammlung kam es zu schweren Schlägereien zwischen den Versammlungsteilnehmern und Nazibanden. Es konnte festgestellt werden, daß die SA-Kolonnen planmäßig die Überfälle auf die heimkehrenden Versammlungsteilnehmer ausführten. — In Herford wurden ebenfalls Versammlungsteilnehmer einer sozialdemokratischen Versammlung von nationalsozialistischen Trupps überfallen. Die Nazibanden drangen in zwei Abteilungen in den Versammlungsraum vor und entwickelten, ausgerüstet mit allen möglichen Schlagwerkzeugen, eine wilde Schlägerei. — Auch in Aechtingen in Württemberg provozierten die Nationalsozialisten in einer Versammlung heimkehrende Arbeiter, wobei es ebenfalls zu tätlichen Auseinandersetzungen kam. — In Magdeburg kam es nach Schluß der Versfassungsfeier zu schweren Ausschreitungen, die von den Nazis angezettelt wurden. Auf eine Reichsbannerabteilung wurde von einem nationalsozialistischen Lokal aus geschossen. Weiter wurden einzelne Mitglieder der sozialistischen Arbeiterjugend von diesen Raufbolden tödlich angegriffen. Diese Fälle treten täglich in Erscheinung. Der faschistische Terror ist zur direkten Landplage geworden. Es ist Aufgabe des Staates und der Polizeibehörden, gegen diese Räuberbanden mit aller Schärfe und mit allen ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln vorzugehen.

Von dem Rücktritt des Naziministers Franzens in Braunschweig haben wir in der letzten Nummer des „Zimmerer“ schon berichtet. Dem Plan der Rechtsparteien, im Lande Braunschweig das deutschnationale

Kumpfkabinett nur mit einem deutschnationalen Minister weiterbestehen zu lassen, wurde in der Sitzung des Landestages nicht entsprochen. Die Einberufung des Landtages wurde auf den 15. September mit der Tagesordnung „Ministerwahl“ anberaumt. Die Nationalsozialisten sind durch den Rücktritt Franzens in Braunschweig vollkommen hilflos geworden. Sie erklären ihre Haltung gegenüber den Staatsgeschäften für das Land Braunschweig damit, daß es ihnen nicht möglich ist, auf Grund der Einstellung der Reichsregierung parlamentarische Arbeit leisten zu können. Es kann aber immerhin die Möglichkeit bestehen, daß sie einen Mann aus dem „stinkenden Misthaufen“ (frei nach Goebbels, wie er die bürgerlichen Rechtsparteien nannte) stützen und sich damit auf den Weg der Tolerierungspolitik begeben.

Briefkasten der Redaktion

Politik R. M. 1. Von den 577 Abgeordneten des Deutschen Reichstages sind 143 SPD- und 77 KPD-Abgeordnete. Alle übrigen verteilen sich auf die Parteien vom Zentrum bis zu den Nazis. 2. Darüber gab es sogar bei der Platzanweisung für die Fraktionen im Reichstag einen großen Streit. Die Nazis behaupteten, sie haben das Anrecht, am weitesten rechts zu sitzen. Dem wurde auch stattgegeben und die Deutschnationalen mußten sich mit dem vorletzten Platz der rechten Seite begnügen.

Verwandtschaft M. R. Der Grad der Verwandtschaft bestimmt sich nach der Zahl der sie vermittelnden Geburten. Der Enkel ist zum Großvater in aufsteigender Linie im zweiten Grade verwandt. Die Verwandten eines Ehegatten sind mit den Verwandten des andern Ehegatten nur verschwägert. Ein uneheliches Kind und dessen Vater (Erzeuger) gelten nicht als verwandt.

Jugendführer S. W. Die Neuauflage unseres Lieberbuchs ist erst in den letzten Monaten herausgekommen. Den Anregungen entsprechend haben wir dem Abschnitt Wanderlieder einen großen Raum eingeräumt. Jugendabteilungen ohne unser Lieberbuch darf es nicht geben. Der Preis (50 S.) und das Format ist dem alten gleichgestellt. Bestellungen nehmen auch die Zahlstellenvorstände entgegen.

Buchsal 21. Der erste Aufruf an die Zimmerer zum Zusammenschluß erfolgte am 6. September 1868. Der Braunschweiger Zimmererkongreß fand am 29. Dezember des gleichen Jahres statt. Die andern Daten findest du im Zimmererkalender auf Seite 123 ff. Besten Dank für die Ueberlassung der alten Urkunde, sie kommt in unsere Sammlung.

Literarisches

„Das Panama der Nordvölle“. Von Alfred F. a. u. f. Herausgeber: Sozialdemokratische Partei Deutschlands, Berlin SW 68. 16 Seiten mit Umschlag und Illustrationen. Preis 10 S. — Die Tagespresse berichtet jetzt täglich von Arbeiterentlassungen in Zerrübbetrieben. Das ist das bittere Ergebnis des Nordvölletrahns, der den größten kapitalistischen Skandal dieses Jahrhunderts darstellt. Die Schande des Kapitalismus bildet den Gegenstand der vorliegenden kleinen Schrift, die den Chefredakteur der Bremer sozialdemokratischen Zeitung zum Verfasser hat. Der Aufstieg der Lohusen, ihr Luxusbedürfnis und ihre Arbeiterfeindschaft sind mit vielfach unbekannten Material aufgeschlüsselt. Einen breiten Raum nimmt die Schilderung der Beziehungen zu den „nationalen“ Reaktionen ein. Den Gewerkschafter wird besonders der heftige Kampf interessieren, den die Lohusen gegen die Gewerkschaften, für die Gelben durchgeführt haben. „Das Panama der Nordvölle“ ist eine (übrigens journalistisch geradezu glänzende) Broschüre, die jeden, besonders aber jeden Gewerkschaftslogen interessieren muß. Ihre Anschaffung kann nur dringend empfohlen werden.

Anzeigen

Sterbetafel.

Berlin. Am 3. August starb unser Kamerad **Max Geller** im Alter von 23 Jahren.
Beverfen. Am 6. August starb unser Kamerad **Wilhelm Fränke** im Alter von 55 Jahren.
Bochum. Am 7. August starb unser Kamerad **Hermann Fränke** im Alter von 40 Jahren an Magenleiden.
Dresden. Am 11. August starb unser Kamerad **Max Gürtler** im Alter von 58 Jahren durch Freitod.
— Am 9. August starb unser Kamerad **Alwin Winter** im Alter von 54 Jahren an Magenleiden.
— Am 8. August starb unser Kamerad **Bernhard Zimmermann** im Alter von 74 Jahren an Magenleiden.
Freiburg i. Sachsen. Am 18. Juli starb unser Kamerad **Hermann Böhm** im Alter von 68 Jahren an Magenleiden.
Freiburg i. Br. Am 25. Juli starb unser Kamerad **Kurt Schätzler** im Alter von 20 Jahren an Knochentuberkulose.
Hamburg. Am 11. August starb unser Kamerad **Herbert Henning** im Alter von 22 Jahren an Lungenentzündung.
Krafo. Am 8. August starb unser Kamerad **Wilhelm Schildt** im Alter von 58 Jahren.
Leipzig. Am 5. August starb unser Kamerad **David Richter** im Alter von 80 Jahren an Altersschwäche.
Penzig. Am 13. August starb unser Kamerad **Oswin Rönisch** im Alter von 54 Jahren an einem Krebsleiden.
Stallupönen. Am 31. Juli starb unser Kamerad **Mathes Zimmermann** im Alter von 68 Jahren.

Ehre ihrem Andenken!